ZECK

das info aus der flora

Zeck Nr. 109, Mai 02



VORWORT:

Unglaublich, aber wahr. Bei der letzten Ausgabe kamen wir kaum hinterher das gute Stück so schnell wieder auszulegen, wie es auch schon wieder vergriffen war. Da stellen wir uns doch die Frage: War es der gute Inhalt – oder ziert die Titelseite jetzt diverse CD-Cover, WG-Kühlschränke und Klodeckel?? However, nachdem die Aktion so erfolgreich war, testen wir das Ganze jetzt nochmal. Bei gleichem Erfolg, verdoppeln wir die Auflage, stellen um auf Hochglanz, verlangen 10 Euro/ Stück.......und scheißen auf die Riester-Rente. Viel Spaß, die ZECK

Inhalt:









Hamburger Bauwagenplätze informieren

Wir dokumentieren im folgenden zwei Texte, die auf der Demo gegen die Hamburger Senatspolitik am 16.04.2002 dort verteilt wurden. Der erste bezieht sich auf die konkrete Situation des Bambuleprojekts im Karoviertel, der zweite informiert über die Situation auf einigen anderen Plätzen in Hamburg.

Die Redaktion

Der Preis für die Aufwertung des Viertels heißt Vertreibung

Propaganda-Hengste und Medien versuchen ein politisches Klima von Ablehnung und Ausgrenzung zu schaffen. Durch Desinformation der Öffentlichkeit wird eine Atmosphäre geschaffen, die zu weiteren Repressionen und Zwangsmassnahmen führt. Aufgrund des '99 verabschiedeten „HH-Wagengesetzes" ist es möglich eine Wohnkultur auf Rädern zu unterbinden bzw. zu kriminalisieren. Verträge werden gekündigt bzw. keine realistischen Alternativplätze gestellt. Hier setzt der sogenannte „Bürgerblock" mit Unterstützung der SPD die repressive Linie des vorherigen Senats fort (Räumung aller nicht legalisierten Wagenplätze, keine neuen Plätze in Hamburg und die Zusammenlegung verschiedener Plätze). Die Zusammenlegung mehrerer Wagenplätze bewirkt eine ständige Reduzierung von BewohnerInnen und Wagenburgen. Nach unserem Selbstverständnis und unseren Ansprüchen wird nicht gefragt.
Auf dem Wagenplatz Bambule und in der Vorwerk-/Laeizstr. leben seit 1992 Menschen in ausgebauten Bau- und Wohnwägen. Für uns stellt das Leben im Wagen eine Alternative zu überteuertem Wohnraum und Vereinzelung in anonymen Sozialwohnungen dar. Die CDU- und SPD-Fraktion Mitte hat am 12.03.02 in der Bezirksversammlung Mitte einen Antrag zur Auflösung des Wagenplatzes „Bambule" gestellt. Dieser Antrag ist mit Stimmen von CDU, SPD und „Schill Partei" beschlossen worden. Ob und wann dieser Beschluß überhaupt umgesetzt werden kann, hängt von uns ab.
So erhielt z.B. die Schützenstr. zum 31.12.01 die Kündigung eines bestehenden Pachtvertrags. Es wurde ein Wohnprojekt in den Terrassenhäusern in der Talstr. Angeboten. In der gleichen Bezirksversammlung vom 12.03.02 wurde der Abriss der Terrassenhäuser beschlossen. Dieses Vorgehen ist mal wieder typisch. Es werden Zusagen gegeben, die aber wie so oft nicht eingehalten werden. Der Wagenplatz Parciusweg in Eimsbüttel hat die Kündigung zum 30.04.02 mit gleichzeitiger mündlicher Räumungsdrohung erhalten. Es wurden keine akzeptablen Ausweichplätze angeboten bzw. mit solch hohen Forderungen nach Eigenleistungen verbunden, daß eine Einigung nicht möglich war.
Das Vorgehen der Bezirke ist im Prinzip immer gleich. Es werden den einzelnen Plätzen Ersatzwohnungen angeboten. Die angebotenen Wohnungen sind nach Möglichkeit räumlich getrennt, damit eine Zerschlagung der jeweiligen Gruppen herbeigeführt werden kann. Die Taktik der Bezirke läuft auf eine Spaltung der betroffenen Plätze hinaus. Je kleiner die Gruppe ist, die sich aktiv für ihre Wagenplätze einsetzt, desto leichter fällt dem Bezirk eine Räumung des jeweiligen Platzes.
Es wird dabei völlig mißachtet, daß es sich hierbei um eine in Hamburg in der Form seit den 40er Jahren etablierte Lebensform handelt, deren Ursachen nicht zuletzt in der immer stärker um sich greifenden Armut und den ständig steigenden Mieten findet. Auch wenn es oberflächlich so erscheint, als solle lediglich der „Schandfleck des Karoviertels" beseitigt werden, so ist dies doch Teil einer Entwicklung, die alle BewohnerInnen betrifft. Seit Beginn der Umstrukturierung des Viertels (ausgeführt durch die STEG) ist z.B. eine reichhaltige Veränderung der Gewerbestruktur zu beobachten. Werbeagenturen sowie eine Vielzahl äußerst schicker Boutiquen und Geschäfte siedeln sich an, deren MitarbeiterInnen und Kundschaft im Viertel natürlich auch ihren Gewohnheiten entsprechend Speisen, Trinken und selbstverständlich auch Wohnen möchten.
Die Mietpreisbindung für die von der STEG sanierten Wohnungen entfällt nach 10 Jahren. Es werden dann Mieten verlangt, die sich die ursprünglichen BewohnerInnen des Viertels nicht mehr leisten können. Das eigentliche Interessante ist jedoch, daß sich die neuen Gewerbetreibenden stets auf ein sogenanntes „alternatives Flair" berufen. Dieses „Flair" konnte nur die Aktivitäten der AnwohnerInnen (Wohnprojekte, alternatives Kleinstgewerbe und das Nebeneinanderher von Menschen verschiedenster Herkunft) entstehen. Dienten die AnwohnerInnen bisher noch als Kulisse für einen gewissen „Ghetto-Chic", so stören sie nun.
Stellt man sich dieser Entwicklung nicht in den Weg, akzeptiert man somit die Umwandlung eines preiswerten, lebendigen Viertels in eine Yuppie-Einkaufsmeile. Dann werden es nicht mehr die „asozialen Wagenleute" sein, die vertrieben werden. Es wird darüber hinaus auch immer mehr GeringverdienerInnen, MigrantInnen, Familien und RentnerInnen ... geben, die sich diesen unbezahlbaren Wohnraum nicht mehr leisten können.
Wagenplätze bleiben! Basta! Vielfalt statt Einfalt.

Bauwagen und Wohnprojekte – Für die freie Wahl der Wohnform

Schon mal versucht, in Hamburg gemeinschaftlich zu wohnen?
Da gibt es nicht viel Auswahl. Entweder des „gemeinsam" beschränkt sich auf staatliche geförderte „Kleinfamilie" oder aber Raum, in dem mehrere Menschen zusammenleben können muß geschaffen werden.
Wohnprojekte – ob im Haus oder auf einem Bauwagenplatz – hatten es noch nie leicht in der Hansestadt Hamburg. Schon unter dem alten Senat war es kaum möglich, städtische Gebäude oder Grundstücke für die Realisierung gemeinschaftlichen Wohnens zu bekommen. Bauwagenplätze wurden zwar oftmals geduldet, Neugründungen jedoch konsequent unterbunden und bestehende Pachtverträge gekündigt. Der neue Senat macht seine Abneigung gegen alternative Wohnformen noch deutlicher. Drei Hamburger Bauwagenplätze droht die unmittelbare Räumung. Gebäude, die nach Aussage des alten Senats zu Wohnprojekten umgebaut werden sollten, werden nun zum Abriss freigegeben (Talstr.). Der liebe Bausenator Mettbach legt keinen Wert auf gemeinsames Wohnen und setzt sich dafür ein, dass in seiner Legislaturperiode keine weiteren Wohnprojekte eingerichtet werden.
Auf dem **Wagenplatz Bambule** und in der Vorwerk-/Laeizstr. leben seit 1992 Menschen in Bauwagen und LKW. Schon häufiger gab es Gerüchte über eine bevorstehende Räumung. Auf der Bezirksversammlung Mitte wurde auf interfraktionellen Antrag von CDU und SPD-Bezirksfraktion die sofortige Räumung des Bauwagenplatzes Bambule gefordert.
Dem **Bauwagenplatz Paciusweg** im Bezirk Eimsbüttel wurde nach fast zehnjährigem Bestehen der Pachtvertrag zu Ende April diesen Jahres bei gleichzeitiger mündlicher Räumungsandrohung gekündigt.
Seit mehr als elf Jahren existiert der **Bauwagenplatz Schützenstr.** (vormals Zeisewiese) in Altona. Der Pachtvertrag wurde zum 31.12.01 gekündigt. Zurzeit besteht ein provisorischer Übergangsvertrag mit 4-wöchiger Kündigungsfrist. Die Bemühungen um alternative Plätze scheiterten am kontraproduktiven Engagement des Bezirks Altona. Eine Einbindung in das zukünftige Wohnprojekt Talstr. 67 stellte sich als mögliche Lösung dar.
Die Gruppe **Tal 67** setzt sich seit Jahren für den Erhalt der Terrassenhäuser und die Realisierung eines Wohnprojekts gegen die Abrisspläne der SAGA der Talstraße 67 auf St. Pauli ein.
Dem Wagenplatz Schützenstr. und der Gruppe TAL 67 wurde über Monate seitens der Stadt vorgetäuscht, dass das Wohnprojekt kurz vor der Realisierung steht. Entgegen der baldigen „Realisierung" entschied jedoch die Bezirksversammlung Mitte am 19.03.20002 auf einen interfraktionellen Antrag von CDU und SPD den Abriss der Terrassenhäuser in der Talstraße.
Politische Bevormundung in der Gestaltung des Wohn- und Lebensraumes brauchen wir nicht! Wir kämpfen weiter – trotz Abrissabsichten und Räumungsdrohungen – für gemeinschaftliche Lebensformen.

Kurzes

HH-Bergedorf: Brandanschlag auf selbstverwaltetes Jugendzentrum?

In der Nacht von Dienstag (2.4) auf Mittwoch (3.4.) mußte die Feuerwehr zu einem Löscheinsatz im Garten des selbstverwalteten Jugendzentrums „Unser Haus“ e.V. in Hamburg-Bergedorf ausrücken. In der Vergangenheit war das Haus bereits öfters das Ziel von Neonaziaktionen. Zu vermuten ist, dass der oder die Täter ebenfalls im Neonazispektrum beheimatet sind.

Unbekannte hatten Tische, Stühle, Stahlschränke und Baumstümpfe im Garten des Hauses auf einen Haufen geworfen und in Brand gesetzt. Ein Nachbar verständigte die Feuerwehr, die den Brand löschte. Das Haus war zum Glück noch nicht direkt in Gefahr. Aber pünktlich zum Beginn der Schönwetterphase steht das Café nun fast komplett ohne Gartenmöbel dar.

Nur Feuer legen war den Tätern nicht genug. Mit Hilfe einer Leiter beschmierten sie eine sich in 3-4 m Höhe an der Hauswand befindende Schwarze Katze mit Ruß und versuchten SS-Runen zu hinterlassen. Einige Kabel, die sich außen am Haus befanden wurde rausgerissen.

Das Haus, das seit 20 Jahren in Selbstverwaltung besteht, war schon mehrmals Angriffsziel von Neonazis: (unvollständige Liste)

- 31.01.02: Mit einem Stein wird versucht eine Scheibe einzuwerfen
- 03.12.01: Unbekannte schmieren Naziparolen ans Haus
- 15.11.01: Ein Ortsbekannter Neonazi wirft zwecks Anti-Antifa-Spionage einen Blick ins Café und entwendet das ausliegende Leseexemplar des Antifa-Info-Blattes

etwas länger her:

- 30.10.00: Bombendrohung gegen ein Antifa-Soli-Konzert im Haus, im Vorfeld massive Drohplakate in Bergedorf verklebt (u.a. vom "Sturm 15/HH-Lohbrügge" unterzeichnet)
- 07.07.99: Ein selbstgebauter an der Fassade befestigter Brandsatz zündet, richtet aber keinen Schaden an (drei Tage später marschierten 600 Nazis wegen der Wehrmachtsausstellung durch Bergedorf)
- 04.06.99: Eine Scheibe des Cafés wird eingeworfen und dabei eine Frau am Kopf verletzt

In letzer Zeit sprühten Neonazis außerdem verstärkt platte "gegen Links"-Parolen in Bergedorf und warfen Handzettel vor das Haus. Die Parolen waren teilweise mit "S/15/18" unterzeichnet. Dabei dürfte es sich um die Gruppe "Sturm 15/HH-Lohbrügge" handeln, die schon mehrfach in verschiedensten Schreibweisen Neonaziflugblätter und Plakate unterzeichnete. Darunter auch direkte Drohungen gegen „Unser Haus“ e.V. oder das Lola Kulturzentrum in Bergedorf, sowie den Aufruf von Hamburger Neonazigruppen gegen Bauwagenplätze vorzugehen, der als Bekennerschreiben für den Brandanschlag auf das Wohnprojekt und Infoladen im KSK diente. In einer E-Mail an die Zeitschrift KulturOst distanzierte sich Maik Erdmann von den Parolen, die am 03.12.01 ans Haus geschmiert wurden und vermutete, dass Dritte den Namen seines „Sturm 15“ in den Dreck ziehen wollten.

Bleibt zu hoffen, dass ein paar Leute in Bergedorf aufwachen und aktiv werden. Es scheint nur eine Frage der Zeit zu sein, bis die Neonazis sich mit ihren Aktionen soweit vorgetastet haben, dass Personen direkt in Gefahr sind.

Dokumentation

in der nacht zum 21.03.02 haben wir den vom nazikader christian worch oft genutzten und auch als lautsprecherwagen fungierenden VW T2 (HH-VA 1424/blau) in der nähe seiner wohnung mittels einiger brandsätze abgefackelt. bei planmässigem verlauf müsste der wagen funktionsunfähig geworden sein.

faschisten angreifen!!!

autonome gruppe

Ligna lädt ein zur Übung in unnötigem Aufenthalt

Sonntag, 5.Mai, 13:30 Uhr, Hamburg Hbf, FSK 93,0 MHz.

Werdet Teil des Ligna-Rundfunkballetts!

Zum Mitmachen bei diesem Ballett sind keine tänzerischen Fähigkeiten vonnöten. Es braucht allein ein aufmerksames Ohr und ein tragbares Radio mit Kopfhörern. Über den Raum des Hauptbahnhofs verteilt, werden die TeilnehmerInnen aus dem Radio Anweisungen für kleine Gesten erhalten. Ziel ist dabei nicht der individuelle künstlerische Ausdruck, sondern serielle und wiederholte Bewegungen in der Grauzone zwischen erlaubten, zwielichtigen und verbotenen Gesten.

Von der Geste die Hand zu reichen zur Geste die Hand aufzuhalten, ist nur eine kleine Drehung des Unterarms vonnöten. Unter den Aufmerksamen Blicken der Überwachungskameras ist sie der Unterschied ums Ganze. Die Wendung von der Begrüßung zum Betteln ist eine der Bewegungen, zu der das Radioballett seine TänzerInnen über den Äther auffordert. Aus dem Hauptbahnhof verdrängte Gesten kehren massenhaft in ihn zurück.

Im Hauptbahnhof ist eine durch Geschlossenheit machtvoll wirkende Demonstration gegen die Privatisierung des öffentlichen Raumes und seines Kontrollregimes in der momentanen Situation kaum sinnvoll durchführbar. Das Radioballett wird deshalb in einer durch ihre Zerstreuung unheimlichen Demonstration den Raum durch die Wiederkehr verdrängter Praktiken heimsuchen. Wie von Geisterhand werden die TeilnehmerInnen des Balletts zerstreut über Bahnsteige, Rolltreppen und Erlebniszonen gleichzeitig die selben Veränderungen in der Körperhaltung vornehmen. Die Irritation wird um so größer sein, je mehr an dem Ballett teilnehmen.

In der Radioübertragung im Freien Sender Kombinat auf 93,0 MHz, die der Choreographie des Balletts zugrundeliegt, wird es zwei SprecherInnen geben: Eine Stimme, die Thesen zum Verhältnis von Freiem Radio, öffentlichen Raum und ausgeschlossenen Gesten formuliert, eine, die Anweisungen für die TeilnehmerInnen des Balletts formuliert. Kommt schon um 13.30 Uhr, die Übertragung beginnt spätestens um 14.00 Uhr und dauert bis ca. 14.45 Uhr.

An **Ausstattung** wird nichts weiter als ein **Radio mit Minikopfhörern** gebraucht. Wer eins mitnehmen kann, sollte es tun, für die anderen haben wir genug Geräte vorrätig. Darüber hinaus solltet ihr ein **rotes Tuch** und eine **Plastiktüte** dabeihaben.

Das Radioballett kann an allen Orten des Hauptbahnhofs tanzen, an denen Radioempfang ist (an den Fernbahngleisen 13 und 14 z.B. ist er nur mäßig). Wir schlagen eine Fokussierung auf die Bahnsteige der Gleise 5-12 vor.

Vorbereitungstreffen: Dienstag, 30.4.2002, um 19 Uhr im FSK, Schulterblatt 23c. **Kontakt und Nachfragen** unter: radioballett@gmx.de

Das Radioballett findet statt im Rahmen des Programms *Formierte Öffentlichkeit – Zerstreute Öffentlichkeit* von Hybrid Video Tracks, Berlin und Ligna, Hamburg, zu Gast beim Video Club 99 in der Hamburger Kunsthalle, 4. und 5. Mai 2002.

Konzentriert Euch auf Eure Bewegungen, denkt nicht an die anderen TeilnehmerInnen des Radioballetts. **Zerstreut Euch, bringt Freunde mit!**

Heraus zum revolutionären 12. Mai!

Gegen Kontrollgesellschaft und Innere Schweinehunde!

Demo mit Musik, Platz der Republik, 13:00, U.Site System.

Neurechter Kulturkampf und seine Ideologieansätze am Beispiel der Darkwave Szene

Vortrag und Diskussion.

Im Zuge der zunehmenden Unterwanderungsversuche von Jugendsubkulturen durch rechtes Gedankengut ist neben der allseits bekannten Nazi-Skin-Rock-Szene seit einigen Jahren die Dark Wave Szene immer mehr ins Blickfeld der Neuen Rechten (modernisierte Form von Faschismus) geraten.

Teile der Dark Wave Szene bieten u.a. wegen ihrer mystischen Symbolik und ihrem romantischen Pathos Anknüpfungspunkte für die Vermittlung von rechtskonservativen Ideologien. Dies geschieht keineswegs nur über lyrics, sondern wird auch über geheimnisvolle, heidnische, esoterische Zeichen und Symbole inszeniert.

Dabei geht es nicht nur um Teile der Dark Wave Szene im Speziellen, sondern auch

darum, wie neurechter Kulturkampf ein antiaufklärerisches Klima quer durch alle Gesellschaftsbereiche schafft.
Dieser Vortrag richtet sich somit nicht nur an Kenner der Dark Wave Szene, sondern an alle, welche sich für den neurechten Kulturkampf interessieren.
In der Veranstaltung geht es nicht um die Dark Wave Szene als ganzes, sondern nur um eine Minderheit, die jedoch in den letzten Jahren stetig an Einfluß gewinnt.
Die Veranstaltung findet statt am
Fr., 31.05 um 20 Uhh in der B5 Brigittenstrasse 5, Hamburg.
(Einige beigelegte Texte zum Thema (über verschiedene Bands) haben wir in den Ordner im Schwarzmarkt getan. die Red.)

Wir bauen um!

Ab dem 1.Juni 2002 hat Euer Infoladen geschlossen. Aber nein! Nicht für immer, sondern aus einem ganz besonderen Grund: Wir bauen um! Alles wird neuer & toller!
Damit Ihr trotzdem die Möglichkeit habt, sowohl aktuelle Flugblätter und Zeitschriften zu bekommen als auch an die Postfächer zu gelangen, werden wir einen Notdienst einrichten. **Infoladen Notdienst: Dienstag & Freitag von 15 – 16 Uhr.** Zu der Neueröffnung – deren Termin Ihr rechtzeitig erfahren werdet – seid Ihr schon jetzt alle herzlich eingeladen!
Euer Infoladen Schwarzmarkt

Boys go to Jupiter to get more stupider, girls go to Mars, become rock stars.

Nach diesem Motto rocken am 08.06. 2001 Hamburg Frauen die Flora. Starten soll die Glam-Jam gegen 17 Uhr mit Musik von der Platte, Essen und Filmen, um dann später mit der fünf Bands *Tschilp, Karl Heinz, Heidiland, marca ZENIT* und *DON'T NOD* in den Weltraum einzutauchen. No men, no dogs.

1+1 = 3!

In der ZECK Nr. 106 wurde in einem einspaltigen Kurzstatement das Vorgehen der Kölibri-BetreiberInnen kritisiert, die eine Veranstaltungen der „Gruppe Revolutionärer Antifaschisten" so kurzfristig absagten, dass die Veranstaltung ersatzlos ausfiel, ohne dass sich die Absagenden einer Diskussion gestellt hätten. Dabei wurden mit einigen kritisch-schlaglichtartigen Formulierungen auch antideutsche Positionen benannt, um die an diesem Abend besser öffentlich gestritten worden wäre, als genau das mit der Absage zu verhindern. Nun hat das in der letzten Ausgabe der ZECK zu einer amüsanten Konstellation geführt.
Zunächst haben sich die eigentlich Angesprochenen natürlich gar nicht geregt, die lesen die ZECK eben nicht. Vier „marinas" kritisieren den (Kurz-)Text, weil er nicht nach den Regeln des autonomen Reinheitsgebots die antideutschen VertreterInnen exkommuniziert. Abgesehen davon, dass sie die VeranstalterInnen mit der „Bahamas" verwechseln, meinen sie in der politischen Strategie Antideutscher u.a. das Ziel zu erkennen, den „Zionismus in der Linken zu verankern". Allein mit solchen abstrusen Thesen liefern sie gute Argumente, warum antideutsche Positionen grundsätzlich Teil linker kritischer Debatten sein müssen.
Aber auch die VertreterInnen der „Gruppe Revolutionärer Antifaschisten" sind unzufrieden: obwohl der Text gar nicht primär an sie gerichtet war und schon gar nicht so vermessen sein wollte, in einem Einspalter ein ganzes Flugblatt zu kritisieren, ziehen sie sich den Schuh an, den sie wohl für passend halten. Das ganze präsentieren sie in einem Ton, der immer so ein wenig nach „Alles Antisemiten außer Papi.." klingt.
Und dabei sind sie so präzis, eloquent-gründlich und ohne den Selbstzweifel, dass es z.B. vielleicht im weiten Weltenrund andere legitime Antisemitismuskonzepte geben könnte als das ihrige, dass ihr Antideutschtum partiell recht verbissen deutsch wirkt.



Dabei könnte allein die regelmäßige Lektüre des „Jahrbuchs für Antisemitismusforschung" einen Hinweis darauf geben, dass sich seit Horkheimer/Adorno, die sie beispielhaft mit einem Vorwortbeitrag aus dem Jahre 1959 zitieren, in der Auseinandersetzung um die Genese, Kontinuitäten und Brüche des modernen Antisemitismus einiges getan hat. Aber in der Wahrnehmung der revolutionären Antifaschist(inn?)en ist das halt alles „blanker Unsinn". Aber es ist sicherlich einer der Irrtümer, dass es tatsächlich um eine inhaltliche Auseinandersetzung geht. Denn es wird nicht um kontroverse Einschätzungen gestritten, sondern da werden ,Vorwürfe umgedreht', Antideutsche fühlen sich zu Unrecht ,überführt'. Wenn's passt, konstruieren sie sich selbst Argumente („Antisemitismus als ,verkürzte Kapitalismuskritik' "), die im Text nicht fallen und nicht mal im entferntesten behauptet werden. Es kommt also nicht mehr darauf an, was geschrieben wird, sondern das ganze wird zu einer Art intellektuellem Tontaubenschießen (Pardon für den etwas gewalttätigen Vergleich...): egal wer oder was sich da regt, einfach draufhalten. Alles andere ist dann „meinungspluralistisch" (4 marinas) und vermutlich sind sich zumindest in diesem Punkt Marinas und Revolutionäre in der Ablehnung solcher vermeintlich scheißliberalen Beliebigkeit sogar verdächtig einig.
Wenn es aber der Sache nützt, dass nur so oder so die Voraussetzung für die Revolution gedacht werden kann, geschenkt! Und als kleine Wegzehrung sei den Unerschütterlichen noch ein guter Rat des Juden Heine mit auf den Weg gegeben: "Man macht keine Revolution mit Lavendelöl. So lange wir die Revolutionen in den Büchern lesen, sieht das alles sehr schön aus, und es ist damit wie mit jenen Landschaften, die, kunstreich gestochen auf dem weißen Velinpapier, so rein, so freundlich aussehen, aber nachher, wenn man sie in Natura betrachtet, vielleicht an Grandiosität gewinnen, doch einen sehr schmutzigen und schäbigen Anblick in den Einzelheiten gewähren; die in kupfergestochenen Misthaufen riechen nicht, und der in kupfergestochene Morast ist leicht mit den Augen zu durchwaten."

kba

Keinen Fußbreit dem antisemitischen Mob

„Einen klaren Trennungsstrich zwischen sich und dem Feind ziehen", forderte Mao einst; und in der letzten 'Zeck' wurde, diese Parole aufgreifend, von „4 Marinas" der Feind beim Namen genannt: AutorInnen der Zeitschrift 'Bahamas'. Wie ein solcher klarer Trennungsstrich aussieht, wurde am 10. April in Berlin demonstriert. Unter Rufen wie „Juden raus!" griff ein gut 20-köpfiger, mit Eisenstangen, Tschako und Springmesser bewaffneter Mob die Kneipe „Orlando" an, in der auf Einladung von der Bahamas, des Bündnisses gegen die IG Farben und der Antideutschen Kommunistinnen über die in Deutschland, in Palästina und anderswo stattfindende, linke wie bürgerliche antisemitische Hetze gegen Israel diskutiert wurde. Sie zertraten die Tür und schlugen gezielt auf TeilnehmerInnen ein; mehrere erlitten leichte Verletzungen, ein Genosse musste mit dem Verdacht auf Oberarmbruch stationär behandelt werden. Zum Glück hielten die Metalljalousienen vor den Fenstern den schweren Wurfgeschossen stand und konnten die Angreifer bis zum Eintreffen der Polizei am Eingang aufgehalten werden - nicht auszudenken, was sonst den als „Juden" und „Judenknechten" Identifizierten geschehen wäre.

Was klingt wie ein klassischer Naziangriff, war das Werk linker (deutscher und migrantischer) Antiimperialisten - darunter Kader der „Revolutionären Kommunisten" (ehemals RIM) und des „Linksruck". So sehr eine solche Eskalation selbst die schockieren muss, die den Freunden des völkischen Aufstandes in Palästina schon immer mißtraut hatten, so passend reiht sie sich doch ein in die Kette antisemitischer Übergriffe, die seit dem Beginn der „Al-Aqsa-Intifida", und verstärkt in den letzten Wochen und Monaten, weltweit zu beobachten ist. Und zu diesen gehörten, wenn auch nur unter „ferner liefen", eben auch die Drohungen und Attacken gegen GenossInnen, die ihre Solidarität mit Israel auf Plakaten und Transparenten demonstriert hatten und dafür, in Berlin, in Frankfurt oder in Bremen, mit Fäusten ins Gesicht geschlagen oder mit vollen Bierdosen verletzt wurden. Und wer die vielen hämischen Kommentare zum Überfall auf Indymedia gelesen, die Haßausbrüche der Palästina-Demo vom 13.4. (der mit den fröhlichen Heil-Hitler-Rufen) in Richtung der proisraelischen Kundgebung mitbekommen hat, wird ahnen, dass Entwarnung nicht angesagt ist.

Angesichts dessen, dass Autonome über die genannten Sekten meist ebenso sehr die Nase rümpfen wie über die Bahamas und die anderen Antideutschen, wird sich manche LeserIn fragen, was sie das ganze anginge: Nicht schön sicherlich, aber Berlin ist weit, und so wie dort geht's in Hamburg nie und nimmer zu. (Und mancheR wird, mehr oder weniger verschämt, hinzufügen, dass die Bahamas doch nur erntet, was sie gesäht - dazu später.) Wer aber garantiert, dass es bei der Ruhe bleibt - einer Ruhe, die bisher vor allem damit zusammenhing, dass die antideutschen Gruppen und Einzelpersonen kaum präsent in der Hamburger Linken waren? Wer will, soll „Paranoia" schreien und hoffentlich damit recht behalten. Aber wer, wie die „4 Marinas", dazu aufruft, Veranstaltungen mit





der Bahamas „platzen zu lassen", wusste schon vor dem Berliner Überfall, was er oder sie tut: das Mittel der Saalschlacht gegen jene in Anschlag zu bringen, die ob ihrer Marginalität in der Linken (und in der Nicht-Szene-Öffentlichkeit erst recht) zu einer leibhaften Gefahr nicht einmal werden könnten, wenn sie es denn wollten, und daher am effektivsten zu bekämpfen wären, indem man sie, wie in der Vergangenheit, einfach ignoriert. Vielleicht zum Glück hat beim Veranstaltungsversuch der Gruppe Revolutionärer Antifaschisten wenigstens der Vermieter, das Kölibri, und nicht etwa eine linksradikale Bürgerwehr den Streit ums treffende Wort vorab unterbunden. Vielleicht zum Glück ist für die darauf folgende Wiederholung kaum mobilisiert worden, und nur deshalb, weil Leute wie die „4 Marinas" nichts von ihr wussten, konnte einstweilen jenes unerläßliche Mindestmaß an zivilen Umgangsformen in Hamburg gewahrt bleiben.

Ein Potenzial ist, da täusche sich niemand, allemal vorhanden. Indiz ist vor allem die Stimmung, wenn die Feinde Israels, die den offenen Disput zu meiden wissen, in trauter Runde Ressentiments austauschen. Auf der Veranstaltung mit Karam Khella vor anderthalb Jahren, als in der HWP 60 deutsche und palästinensische „Antizionisten" zusammenkamen, lauschte man einträchtig den völkischen Beobachtungen des Referenten: Wenn die ganze Welt, so wörtlich ihr Idol, die Grenzen für Juden und für Palästinenser öffnen würde, würden in Israel bald nur noch Araber leben - den Juden sei es in Wirklichkeit dort zu heiß. Statt zu protestieren, wurde allseits Gelächter laut, und als eine Handvoll Leute, die schon vorher durch Nachfragen der Menge unangenehm aufgefallen waren, ob des Skandals den Raum verließ, rief man ihnen hinterher: Aber demnächst solle man wieder für sie die Synagogen vor den Nazis beschützen. - Applaus. Wer sich gegen Antisemitismus verwahrt, heißt das im Klartext, kann nur Jude sein, und Anspruch auf Schutz (als hätten den je deutsche Antifas und -imps geleistet und nicht etwa Staatsmacht und private Sicherheitsdienste) haben Juden nur, wenn sie die linke Rassenkunde mittragen; ansonsten sei man bereit, sie den Nazis zu überlassen.

Es ist stets das gleiche Schema: Sie, die mit der überwältigenden Mehrheit der Landsleute, ihrer Politiker und ihrer Medien, von PDS bis CDU, von Junge Welt, Süddeutsche bis zur Nationalzeitung darin einig sind, Israel sei ein Schurkenstaat, inszenieren sich als kleine, unterdrückte Minderheit, die stets nur in Notwehr agiert: als verfolgende Unschuld. Während Schröder und Fischer mit deutschen Blauhelmsoldaten die Juden zur Räson bringen wollen, lädt Linksruck, nur eins von vielen Beispielen, nebst dem obligatorischen Palästinenservertreter einen Dr. Ludwig Watzal ein, Politikberater der Neuen Mitte und Propagandist der Militärintervention, der vergangenen im Kosovo wie der zukünftigen in Judäa und Samarien. Flugblattverteiler, die gegen diesen Ausdruck des deutschen Mainstreams „Solidarität mit Israel" einfordern, aber beschimpfen sie als Imperialisten. Von all den Leuten, die in den vergangenen Monaten wortreich verkündet haben, der Kriegstreiberei Paroli zu bieten, war nicht nur an diesem Abend nichts zu sehen. Dort, wo Gestalten wie Watzal tatsächlich das eigene schlechte Argument nicht zu fürchten brauchen, weil gute Gewehrläufe hinter ihnen stehen, dort also, wo die militante Unterbrechung der herrschaftlichen Rede wahrlich ihren Gegenstand hätte, dort endet der Mut des linksradikalen Widerstands (wenn er nicht ohnehin offensiv sein Einvernehmen verkündet).

Stattdessen fabelt man von den Mächten, die hinter den Antideutschen stehen - und auf wen das zielt, sprechen Antiimps bisweilen ganz offen aus: Ihre KritikerInnen seien von Juden bezahlt. Weil aber bei Bahamas & co auch beim schlechtesten Willen keine Waffenlager zu entdek-

ken sind, mit denen sie „die Palästinenser verfolgen und vernichten" (wie es zuletzt auf der Berliner Veranstaltung hieß, während die Steine schon gegen die Fenster flogen), haben „4 Marinas" ein viel gräßli



cheres Machtmittel bei ihnen ausgemacht: die Sprache. Da werden nicht nur „Versatzstücke neu zusammengesetzt und dabei sogar umgedreht", sondern auch „Fettnäpfe" aufgestellt, vor denen „die allermeisten Angst" haben[1], und schließlich gar „sprachlich-suggestiv" Kontrahenten in „finstere-Zeiten [...] zurückgestoßen", obwohl das „ja wohl niemand will" - und das alles mittels „wenig Fakten, aber viel Polemik und", Gipfel der Gemeinheit, „Ironie, die Distanz schaffen soll." Wer nicht schreibt, wie ihm der Schnabel gewachsen ist und der Bauch befiehlt, sondern beim Formulieren die Wörter zu wählen sich bemüht, der oder die muss Böses im Schilde führen; und die recht banale Tatsache, dass die Aneinanderreihung von Buchstaben gemeinhin beim Adressaten etwas bewirken soll, erscheint als ausgesuchte Fisimatente wie als monströse Fähigkeit, Wehrlosen finstere Wünsche ins Hirn zu brennen: Vergewaltigung und Zionismus[2]. So gerieren sich die, die nicht zu widersprechen vermögen, als Opfer einer unlauteren Aggression, und fühlen sich legitimiert, der Waffe der Kritik mit der Affirmation der Waffen entgegenzutreten. Das bringt Punkte bei all den Linksradikalen, deren Ressentiment traditionell jenen gilt, denen sie sich in Sachen Sprachgewandheit unterlegen fühlen. Und auch, wer bei Eisenstangen und beim „Selbstbestimmungsrecht der Völker" nicht recht mitgehen mag, findet sich hier bestätigt: Haben die Antideutschen denn nicht wirklich mit ihren wüsten Polemiken, mit ihrem Draufhauen auf alles, was bunt und widerständig ist, solche Reaktionen wie die in Berlin, solche Drohungen wie die der „4 Marinas" förmlich heraufbeschworen? Macht nicht doch, irgendwie, der Ton die Musik? So zu fragen, mag heißen, fein raus zu sein und sich dabei schrecklich vernünftig vorzukommen; sollen doch die Verrückten unter sich bleiben. So zu fragen, heißt aber mit Sicherheit, nicht nur jede Verbindlichkeit, jede Frage nach wahr oder falsch hinter sich gelassen zu haben, sondern auch den immensen zivilisatorischen Fortschritt zu ignorieren, der darin besteht, statt mit Messern mit Worten zu verletzen.





Nicht allein auf ihre Freunde, die erklärten Feinde Israels, können sich Gruppen wie die „4 Marinas" verlassen bei ihrer Hetze, sondern auf all die Lauen, Abgeklärten, diejenigen, die sich Linksradikale nennen und denen doch jede Radikalität in der Sache abgeht. Mag man all die Genannten als durchgeknallte Einzelne abtun, so bleibt Fakt, dass sich Protest, gar Widerstand aus der Szene nicht gerührt hat. Träfe dieses Schweigen, das den Wahnwitzigen das Handeln ermöglicht, auch nur die Bahamas und jene, die mit ihr verbunden werden: Schon dann müsste es alle die erschrecken, die den kompletten moralischen Bankrott der Linken nicht einfach hinnehmen mögen. Mit den kommunistischen FreundInnen Israels aber sind vor allem die Jüdinnen und Juden selber gemeint, die direkt anzugreifen man bis dato nur in Ausnahmefällen wagt. Das macht die Aufforderung der „4 Marinas" und anderer, über linken Antisemitismus nur mit Linken zu diskutieren, so schmierig; als ginge Antisemitismus nur den Verein an, der ihn gerade ausübt, und nicht vor allem die, gegen den er sich wendet. Und gegen wen es geht, daran lassen die AutorInnen keinen Zweifel offen: Ihr Text endet mit der beliebten Enthüllung, der Bahamas ginge es nicht um die Bekämpfung des Judenhasses, sondern um die Verankerung des Zionismus. Gerade weil eine solche Idee ohne Sinn und Verstand ist, weil sie gar nicht vernünftig nachvollziehbar sein soll (etwa dergestalt, die Bahamas fordere zur Konversion und anschließender Emigration ins Heilige Land auf), funktioniert sie als Signal: als Aufforderung an all die, die schon immer wussten, dass Zionismus schlicht Weltverschwörung bedeutet, endlich zurückzuschlagen.

Nicht mehr alle aus der Linken gehen da mit, ob aus Einsicht oder aus taktischer Zurückhaltung. Aber alle schaffen durch - wie heißt es so schön - Nichtverhalten ein Umfeld, in dem antisemitische Exzesse ungehindert stattfinden können. Scheel beäugt werden allein die, die die einfache Wahrheit aussprechen: Dass nicht bloß die antiimperialistischen Nachahmer, sondern auch die Vorbilder, die Aufständischen der Al-Aksa-Intifada den Tod der Juden wünschen. Solange aber die Gleichen, die bei jeder Militäraktion der USA (ob zurecht oder zu Unrecht) Zeter und Völkermordio schreien, die Klappe halten über die palästinensischen Selbstmordattentäter, die wahllos israelische ZivilistInnen schlachten; über Folter und Lynchjustiz gegen Abweichler von palästinensischer Sitte und Tugend, gegen Schwule, Lesben und selbstbewusste Frauen; über die bösen alten Männer in der Autonomiebehörde und in den Moscheen, die nicht nur die Juden, sondern auch ihre eigenen Kinder verrecken sehen wollen und für das Fitzelchen Land, das Barak ihnen nicht ohnehin angeboten hatte, die Untertanen in einem Aufstand darben lassen, dessen tieferer Sinn bloß in der Vernichtung Israels bestehen kann - solange dagegen nicht in Worten vorgegangen wird, sind auch Taten gegen die nicht zu erwarten, die, derart motiviert, ihren Hass an Synagogen oder Friedhöfen, an Menschen mosaischen Glaubens oder eben antideutschen „Judenknechten" auslassen. Und solange Hetze wie die der „4 Marinas" kommentarlos in autonomen Zeitschriften erscheinen kann, ist auf die ach so differenzierte Auseinandersetzung der Linken mit dem Antisemitismus ein Ei zu backen.

Einige „Bettelhunde des Imperialismus"

---

[1] Man muss das im Text mehrmals lesen, um es wirklich zu glauben; denn tatsächlich erklären die AutorInnen nicht etwa, die Bahamas läge schlicht falsch mit ihrer Behauptung, die Opposition zum Krieg gegen die Taliban sei antisemitisch motiviert. Vielmehr gilt ihnen der „antisemitische Kontext" als - welch putziger Euphemismus - „Fettnapf", „in den zu tappen" sie wahrscheinlich, im Gegensatz zu den „allermeisten", mutig genug sind. Auf verquaste Art gestehen sie wenigstens zu, dass ihnen die Möglichkeit, nicht antisemitische und also auch nicht denunzierbare Sätze zu bilden, längst undenkbar geworden ist.

[2] Ganz ähnliche Phantasmen über antideutsche Sprachmagie waren in der Debatte um die „Infantile Inquisition" zu erleben; beispielsweise die Entdeckung einer FrauenLesben-Gruppe, die Bahamas wolle mit Hilfe „irritierend-verfälschender Sinnkonstruktionen" erreichen, dass „Mann wieder ohne Ende ficken kann", vertreibe also ein textgewordenes Mega-Viagra. Die „4 Marinas" fordern gegen solches Unbill „das Selbstbestimmungsrecht der Frauen und der Völker" ein. Unter dieselbe Parole subsumiert, mit der die deutsche Außenpolitik Jugoslawien zerlegte, machen sie aus dem Feminismus einen Aufruf zu Mord und Totschlag. Bewusstlos, aber unverderbt, ohne Individualität, aber fest verwurzelt in der Scholle: So wie die Völker sollen die Frauen sein. Und das wirft anderen Sexismus vor.

Warum ist die Palästina-Solidarität antiisraelisch ?

„Kritik an Israels rassistischer und aggressiver Politik darf nicht länger als Antisemitismus verleumdet werden. Zeit zum Handeln!" erklärte das Palästina-Solidaritätsbündnis Hamburg in seinem „Aufruf zum Palästina-Block im Rahmen des Ostermarsches 2002 in Hamburg".
Die Palästina-Solidarität hat eine Zäsur ignoriert, die eine weiter Eskalation im antiisraelischen Engagement in der BRD bedeutet hat: Im Oktober 2000 wurde aus einer Palästina-Solidaritätsdemonstration in Essen heraus die Alte Synagoge mit Steinen beworfen und angegriffen. Dieser Angriff erklärt sich nur über die Gleichsetzung von jüdischen Menschen mit Israel und einer antisemitischen Gewalt gegen alles als jüdisch identifizierbare. Die Alte Synagoge in Essen ist seit langem ein Museum, das versucht, Deutsche über Antisemitismus aufzuklären. Hier wurde keine Einrichtung des israelischen Staates angegriffen, sondern eine jüdische Einrichtung. Das gleiche passierte in Berlin: Steinwürfe und der an die Wand gesprühte Vorwurf „Kindermörder" gegen die Synagoge am Oranienburger Ufer, ebenfalls Anfang Oktober 2000. Bei der Mahnwache vermuteten die Meisten, es sei eine Aktion von Nazis gewesen. Aber einige Aktivisten einer Pro-Palästina-Demo, die dort verbeikamen, schimpften, wir sollten lieber gegen Israel demonstrieren als gegen den Angriff auf die Synagoge.
Es hat von Seiten antiimperialistischer Gruppen, aus der Palästina-Solidarität oder von dieser nahestehenden Medien wie der „jungen Welt" bis heute keinerlei öffentliche Debatte oder gar Selbstkritik gegeben, dass so etwas möglich ist: Angriffe auf jüdische Einrichtungen unter einem linken Deckmäntelchen.

Aktuelle Palästina-Solidarität in Hamburg

Palästina-Solidarität hat sich auch in Hamburg immer wieder neu organisiert. Es ist eine der beständigsten länderorientierten Solidaritätsbewegungen, wenn, wie die gesamte Linke, nur von wenigen Aktiven getragen. Die Palästina-Solidarität greift immer wieder auf bestimmte Muster der Kritik zurück – manchmal unbewußt, meist recht offen. Sogab es im April eine Reihe von Flugblättern, auf denen gefordert wurde: „Schluss mit der israelischen Besatzung" war etwa der Titel des Aufrufes für eine Demo am 8. Juni. Interessant ist, was dort als palästinensisches Territorium definiert wird, dessen Besatzung beendet werden soll: „ Das israelische Militär schuf mit der Vertreibung die politisch-demographischen Voraussetzungen für die zionistische Besiedlung ganz Palästinas." Auch durch die Prozentrechnung lässt sich





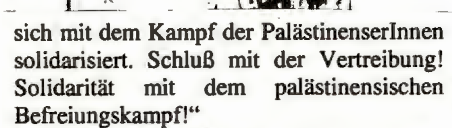
klarmachen, was Palästina zusteht: „Die umseitig genannten Osloer Verträge beziehen sich ausschließlich auf die seit 1967 besetzten Gebiete, also die 23% des Landes, die den Palästinensern nach 48 geblieben waren. Sie berühren nicht die Vertreibungen von 1948. Und selbst dies, die bedingungslose Rückgabe der 1967 besetzten Gebiete, ist dem zionistische Staat zuviel."
Ob die Forderung nach einem „sofortigen Ende israelischen Besatzung sich auf diese 23% oder aber auf 100% bezieht – was ja nur konsequent wäre, wenn die Vertreibung Unrecht war, bleibt in dem Flugblatt offen. In keinem Halbsatz wird das Existenzrecht Israels anerkannt.
Neben dem Existenzrecht des Staates werden aber auch die israelisch-jüdischen Opfer ignoriert. Auf drei Flugblättern, die vom deutschen „Palästina-Arbeitskreis" mitunterzeichnet wurden, werden jedes Mal die palästinensichen Opfer der zweiten Intifada gezählt – von den israelisch-jüdischen Toten kein Wort, keine Zahl. Statt dessen wird der Bombenterror von Hamas und Jihad verschwiegen, verharmlosend heißt es in einer Überschrift zu der gewalttätigen Konfrontation: „Mit Hubschrauber- und Raketenangriff gegen Steine".

Auf dem Transparent am Lautsprecherwagen der deutschen Soli-Szene am 8. Juni wurde gefordert: „Ohne Gerechtigkeit wird es keinen Frieden geben". Unklar blieb mir, ob das eine Drohung gegen Israel sein sollte und was mit Gerechtigkeit gemeint ist. Im Redebeitrag des deutschen Palästina-AK wurde dann doch noch der Terrorismus gegen die Zivilbevölkerung verurteilt – aber damit waren wieder nicht die Selbstmordanschläge zwecks Tötung möglichst vieler Israelis gemeint: „Die israelischen terroristischen Angriffe gegen die Zivilbevölkerung werden von den USA und dem Westen toleriert." Als am Schluss der Rede noch postuliert wurde „Unsere Herzen sind mit allen Gefangenen und Kämpfenden für Befreiung" hatte ich den Eindruck, auch den Selbstmordattentätern galt dieser herzliche Gruß. Die Mehrheit der Demo war durch die palästinensische Gemeinde mobilisiert - aber die Ignoranz der Deutschen Linken dort gegenüber der Shoa und dem legitimen Schutzinteresse Israels war trotzdem auffällig.
Aber bereits im April 2001 beendete der Palästina-AK sein Flugblatt zum „internationalen Aktionstag für das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge" so: „Es ist höchste Zeit, dass die Öffentlichkeit – auch die deutsche – nicht nur klar und konsequent gegen diese rassistischen Politik Israels auftritt und Druck auf die Regierenden ausübt, sondern







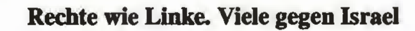


sich mit dem Kampf der PalästinenserInnen solidarisiert. Schluß mit der Vertreibung! Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungskampf!"

Eine kritische Solidarität zur Unterstützung von emanzipatorischen Konfliktlösungsansätzen in Israel und Palästina ist auf dieser antiisraelischen Grundlage nicht möglich. Aber nicht nur linksradikale AntiimperialistInnen betreiben Palästina-Solidarität, welche die Interessen der israelisch-jüdischen Bevölkerung und die Schutzfunktion des Staates Israels für jüdische Menschen weltweit ignoriert.

Bei der Palästina-Solidarität geht dies auch etablierten Hamburger NGOS am Arsch vorbei: Am 24. Februar fand in Hamburg-Alsterdorf ein Solidaritäts- und Kulturfest statt, welches das „Eine-Welt-Netzwerk Hamburg" wohlwollend ankündigte:

„Liebe Mitglieder des Eine Welt Netzwerks, es bat uns die Palästinensische in Hamburg und Umgebung auf eine Veranstaltung hinzuweisen, was wir gerne tun...Aus der Einladung: „Seit nun mehr als 17 Monaten wehrt sich das palästinensische Volk gegen die israelische Besatzungs- und Militärmacht und kämpft für seine Rechte auf Selbstbestimmung, Freiheit, Sicherheit,



Frieden und einen eigenen unabhängigen Nationalstaat. Anlässlich des Pilgerfestes möchten wir unsere Verbundenheit und Ihre/Eure Solidarität mit dem palästinensischen Volk im Rahmen einer Benefizveranstaltung zum Ausdruck bringen." Es gibt palästinensische und arabische Spezialitäten, Musik mit der Gruppe „1001 Nacht". Alle Einnahmen gelten als Spende für die Verletzten der Al Quds-Intifada. Schöne Grüße Renate X"

Rechte wie Linke. Viele gegen Israel

Je mehr die Situation im Nahen Osten eskaliert, desto deutlicher melden sich in Deutschland anti-israelische Stimmen zu Wort. Jürgen Möllemann, stellvertretender FDP-Chef und Präsident der deutsch-arabischen Gesellschaft, sagte der Tageszeitung, Israel fördere den Terrorismus. „Ich würde mich auch wehren, und zwar mit Gewalt. Ich bin Fallschirmjäger-Offizier der Reserve. Es wäre dann meine Aufgabe, mich zu wehren. Und ich würde das nicht nur im eigenen Land tun, sondern auch im Land des Aggressors."

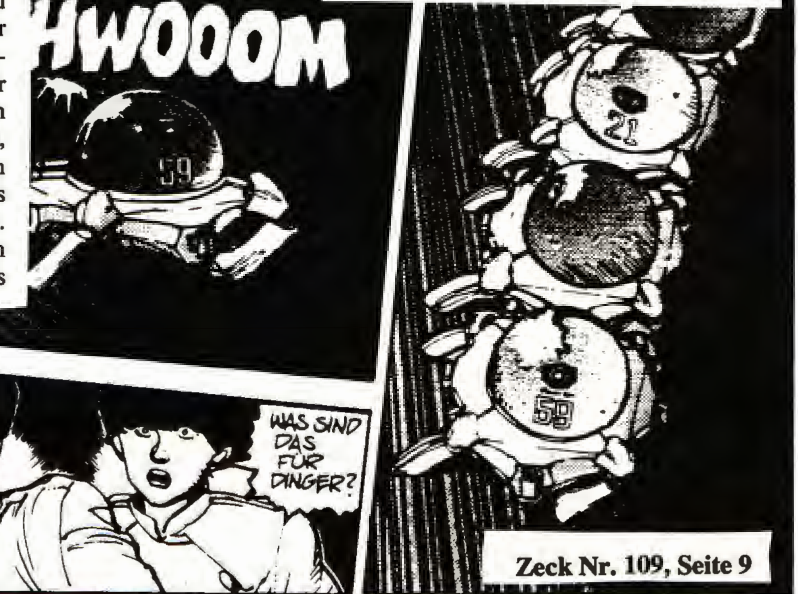


Der frühere Bundesarbeitsminister Blüm bezeichnete in einem Brief an den israelischen Botschafter in Deutschland, Shimon Stein, das israelische Vorgehen als einen „hemmungslosen Vernichtungskrieg". Noch unverblümter formulierte der nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete der Grünen, Jamal Karslai, seine Sicht der Dinge: Im Nahen Osten sei ein „unschuldiges Volk den Nazi-Methoden einer rücksichtslosen Militärmacht schutzulos ausgeliefert."

Ob solcher Töne wittern pro-palästinensische Gruppen Rückenwind für ihre bundesweite Demonstration am 13. April unter dem bekannten Motto „Palästina muss leben". Die Veranstalter erwarten 10000 TeilnehmerInnen, es kamen noch ein paar mehr. Die Erwartungen des von uns unterstützten Bündnis gegen Antizionismus und Antisemitismus für ihre Kundgebung am darauffolgenden Sonntag waren dagegen erhelblich bescheidener, es nahmen etwa 1500 Leute teil.

Gaston Kirsche (gruppe demontage)

Aus: Lokalberichte vom 18.4.02, Nr. 8.





Dokumentation

Am 2.3.2002 haben wir den BMW von Konrad Freiberg angezündet

Konrad Freiberg ist einer der engagiertesten Scharfmacher in der Hamburger Drogendebatte und ein entschiedener Befürworter der Zwangsverabreichung von Brechmitteln. Dank seines Postens als Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei findet sein Wort Gehör, Konrad Freibergs Stellungnahmen sind mitentscheidend für die Legitimierung einer menschenverachtenden und terroristischen Politik und Polizeipraxis.

Am 9.12.01 wurde Achidi John von der Polizei als angeblicher Drogendealer verhaftet, in das Institut für Rechtsmedizin verbracht und ihm dort unter Gewaltanwendung Brechmittel eingeflößt. Drei Versuche waren dafür nötig, weil er sich in Todesangst gewehrt hat. Achidi John fiel ins Koma und starb zwei Tage später. Die Veröffentlichung von Einzelheiten zu den genauen Umständen dieses amtlichen Mordes hat die Staatsanwaltschaft bisher abgelehnt. Der Tod von Achidi John hat nicht zu einem Abbruch der Brechmittelfolter in Hamburg geführt. Im Gegenteil: Nachdem die rechtlichen Hürden für diese Maßnahme bereits unmittelbar vor dem 9.12. herabgesetzt worden waren, stieg die Anzahl der Brechmitteleinsätze seitdem kontinuierlich an. An manchen Tagen wurden vier Verabreichungen durchgeführt.
Mit dem ersten tödlich verlaufenen Brechmitteleinsatz in Hamburg ist eine Grenze überschritten worden. Mit ihrem Festhalten an dieser Praxis im Wissen um ihre tödlichen Gefahren, haben die Verantwortlichen klargemacht, dass die Anwendung von Folter bis hin zum Mord im Rahmen der „Drogenbekämpfung" gegen eine bestimmte stigmatisierte Gruppe von Personen kein Tabu mehr ist. Der „Schwarzafrikanische Dealer" wurde in den vergangenen Jahren zum grossen Feind aufgebauscht, der Frieden und Sicherheit des Gemeinwesen bedroht. Die Einführung der zwangsweisen Verabreichung von Brechmitteln unter Rot-Grün wurde mit Genugtuung aufgenommen und entsprach dem offensichtlichen Verlangen nach Strafe, welches sich mit Einsperren und Abschieben schon längst nicht mehr zufrieden gab. Im Juli 2001 sprachen sich bei einer Befragung von 1000 HamburgerInnen 72% für eine erzwungene Brechmittelvergabe aus. Der Zynismus, mit dem der Beust-Schill-Lange-Senat die Ereignisse des 9.12. als „kaum oder wenig bedauerlichen Zwischenfall" abgetan hat, ist nur die Konsequenz rot-grüner Vorarbeit. Der SPD-Vorsitzende Scholz hält auch nach dem Mord an John an der Brechmittelvergabe fest. Die Leserbriefspalten Hamburger Tageszeitungen offenbarten die rassistischen Gewaltfantasien ihrer SchreiberInnen und sprachen dem Senat Unterstützung aus. Die Art und Weise, wie schnell und grosses Aufheben die „Zivilgesellschaft" der Hansestadt angesichts dieses Mordes zur Tagesordnung überging, lässt erahnen, wohin der Wind weht, was die Zukunft noch bringen kann.
Als einige wenige Stimmen, wie die nicht als radikal bekannten Pumm, Vorsitzender des DGB Hamburg, und Bischöfin Jepsen lediglich für eine Unterbrechung der Einsätze bis zur Klärung der Todesumstände von John plädierten, sprang Konrad Freiberg in die Bresche. Er sprach sich unbedingt für eine Fortführung der Zwangsmassnahmen aus, die Polizei brauche Handlungssicherheit und Rückendeckung von Politik und gesellschaftlichen Kräften. Rückendeckung der Schergen und Folterer ist sein Job und einheitliches Vorgehen von Bullen, Justiz, Politik und „gesellschaftlichen Kräften" sein Ziel.
Schon 2000 forderte er ein konzentriertes Vorgehen von Politik, Justiz und Polizei, „um die offene Drogensszene effektiv zu bekämpfen". Er rügte Jugendrichter für ihre laschen Urteile und verlangte die „konsequente Inhaftierung von Intensivdealern durch die Justiz". „Jugendliche Intensivtäter sollten in geschlossenen Einrichtungen untergebracht und Schnellgerichte eingeführt werden". Bereits im Januar 2001 hatte Konrad Freiberg als einer der ersten von der SPD-GAL-Regierung gefordert, Brechmitteleinsätze einzuführen, um „die unzumutbaren, menschenunwürdigen Bedingungen für die Polizisten im Antidrogenkampf zu verbessern". Polizisten würden tagtäglich von Dealern bespuckt und ausgelacht. Nach ihrer Festnahme würden sich die Dealer mit ihrem Kot beschmieren. In fast jedem Pressebericht, in fast jeder Fernsehsendung zum Thema Drogen redete Konrad Freiberg der Repression das Wort. Hinsichtlich der Gefährlichkeit von Brechmitteln bagatellisierte er die Risiken und äusserte sich verächtlich: „Es gibt viele nette Sachen dabei". In der bundesweiten Debatte um das „Zuwanderungsgesetz" forderte er kürzlich ein verstärktes Vorgehen gegen illegale EinwanderInnen. Obwohl seine Kameraden und Kameradinnen vom BGS gute Arbeit leisteten, sickerten jährlich 100 000 Menschen in Deutschland ein.

Auch wenn Freiberg an manchen Punkten Kritik an Innensenator Schill äußert dürfte die brutale Intensität, mit der z.Zt. der Kampf um die Zerschlagung der offenen Drogenszene in Hamburg geführt wird, ganz in seinem Sinne sein. Schill ist kein 100 Tagesphänomen und setzt, wenn`s sein muss, seine innenpolitischen Vorhaben mit tödlicher Konsequenz um, wie der Mord an Achidi John bewiesen hat. Damit ist das Bedrohungspotenzial für die Betroffenen weiter gestiegen.
Die Schärfe und das Niveau der repressiven Angriffe dürfen nicht unterschätzt werden, auch, um die angemessenen Antworten darauf zu finden.

Schluss mit der Brechmittelfolter!

Folgendes Flugblatt wurde verteilt bei der Mahnwache gegen Brechmittelvergabe am Rechtsmedizinischen Institut des UKE vom 21.-26.4.

„Wer dealen kann, kann auch kotzen!"

Am 9.12.2001 wurde der 19-jährige Achidi John von der Polizei in das Rechtsmedizinische Institut des UKE gebracht. Hier wurde ihm auf brutalste Weise Brechmittel eingeflößt, woraufhin er einen Herzstillstand erlitt. Bis zu seinem Tode am 12.12. 2001 lag er im Koma.
Im Zuge des Hamburger Wahlkampfes 2001 hat der SPD/GAL Senat versucht zu zeigen, dass auch er dazu bereit ist „mit aller Härte" gegen die Drogensszene vorzugehen. Aber auch die Einführung der Brechmitteleinsätze auf den letzten Drücker konnte nicht mehr verhindern, dass sich der neue Senat aus CDU/Schill Partei und FDP zusammensetzt und sich damit als die vermeintlich glaubwürdigere „harte Hand" durchsetzte.
Dass der Tod von Achidi John nicht dazu führen sollte, dass die gängige Praxis der Brechmitteleinsätze über-

dacht wird zeigte sich schon in der Bürgerschaftsdebatte an seinem Todestag. Auch wenn sich der Hardliner Roger Kusch (CDU) als verantwortlicher Justizsenator noch scheinheilig betroffen zeigte, *„Der Tod des Mannes ist mir persönlich an die Nieren gegangen“* (Hamburger Morgenpost, 13.12.01), wurde doch recht schnell deutlich, dass Achidi stellvertretend für alle Drogenhändler *„nicht Opfer sondern Täter“* (Frank-Michael Bauer, Schill-Partei, Hamburger Abendblatt, 13.12.01) war. Dieser Logik folgend trägt Achidi die Schuld an seinem Tod selber.

Um Drogenpolitik allerdings geht es bei den Brechmitteleinsätzen überhaupt nicht, es geht um rassistische Politik gegenüber Flüchtlingen. Diese zeigt sich vor allem in Form der Residenzpflicht und der Verweigerung von Arbeits- und Aufenthalterlaubnissen und führt somit zu dem Zwang sich in (illegalen) ökonomischen Nischen Arbeit zu suchen. Sie unterliegen somit dem stärksten Verfolgungsdruck, während ihr Gewinn der bei weitem geringste sein dürfte.

Diese Zusammenhänge werden weder von Politik, Medien noch der Bevölkerung gesehen. Eventuell aufkommendes Verständnis für Flüchtlinge und deren Situation würde in letzter Konsequenz das notwendige Feindbild des schwarzen Dealers erschüttern. Dazu wird es aber wohl nicht kommen. Zu groß ist der Wunsch nach sichtbarer Strafe für diejenigen, die es nicht schaffen oder wollen sich an die bestehenden gesellschaftlichen Normen zu halten.

„Das Schicksal des Kameruner wirkt hoffentlich abschreckend auf andere“ (Leserbrief, Hamburger Abendblatt, 12.12.01)

Als ausführendes Organ dieses massiven Strafbedürfnisses sieht sich der Direktor des Instituts für Rechtsmedizin am UKE, Prof. Dr. Klaus Püschel. Schon 1998 zog sich Püschel auf seine Funktion als willfähriger Beamter zurück, der tut was getan werden muss und was ihm gesagt wird. *„Ältermachen ist mein Dienstauftrag“* (zitiert nach Eppendorfer, April 02) kommentierte er die Altersfeststellungen an Flüchtlingen im UKE für deren Ausführung er neben den Brechmitteleinsätzen verantwortlich zeichnet.

Der Ungenauigkeit dieser Verfahren, die einer Fleischbeschau gleichen, ist sich Püschel bewusst. Auch Dr. Klaus-Heinrich Damm Geschäftsführender Arzt der Ärztekammer Hamburg konstatiert *„Eine ausreichend sichere Altersfeststellung“* sei schlicht nicht möglich. (zitiert nach Eppendorfer, April 02) In Hamburg wurden im vergangenen Jahr 275 jugendlichen Flüchtlingen die Altersangabe geglaubt, 449 Jugendliche schätzte die Behörde nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung älter ein.

Konsequenz dieser Prozedur ist es, dass den jugendlichen Flüchtlingen ein Platz in einer qualifiziert arbeitenden Jugendeinrichtung ver- weigert wird. Entweder werden sie in großen Massenunterkünften für Erwachsene untergebracht oder gleich abgeschoben.

Als bedingungslose Verfechterin dieser Alterfeststellungen stilisierte sich die UKE-Rechtsmedizinerin Prof. Uta Lockemann: „Mit unseren Methoden kann man das Alter sehr wohl bestimmen.“ Sie war für den tödlichen Eingriff an Achidi vor Ort verantwortlich, sie legte ihm gewaltsam die Nasensonde, durch die ihm das Brechmittel eingeflösst wurde und unterließ jede Hilfeleistung als er daraufhin zusammenbrach. Auf die Frage, wie es angehen könnte dass Achidi John nach seinem Herzstillstand minutenlang leblos ohne ärztliche Hilfe liegengelassen wurde, wusste der Direktor des Instituts für Rechtsmedizin Prof. Dr. Klaus Püschel zu berichten *„Es kommt vor, dass Leute sich tot stellen, wir geben ihnen Zeit sich zu erholen“*. (Hamburger Abendblatt, 10.12.01)

Diese zynische Einstellung gegenüber Menschen, die ihnen in jeder Hinsicht ausgeliefert sind, brachte Achidi John ums Leben.

Schluß mit der Vergabe von Brechmitteln!



Hamburger Abendblatt, 3.4.02

…d Freiberg (50) am Brandort vor seinem Haus in Lohbrügge. In der Hand hält der Chef der …igewerkschaft GdP die Reste seines Nummernschildes. FOTO: MICHAEL RAUHE

ANGST Unbekannte setzten in der Nacht zu gestern das Auto Konrad Freibergs in Brand. Vieles spricht für Täter aus dem rechts- oder linksextremistischen Lager.

Noch gibt es kein Bekennerschreiben, doch vieles deutet darauf hin, dass die Täter aus politischer Motivation handelten: Brandstifter haben gestern den Dienstwagen des Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Konrad Freiberg, angezündet. Der BMW parkte am Reinbeker Redder vor der Doppelhaushälfte des ranghohen Gewerkschafters. Das Auto brannte völlig aus. Freiberg will nun mit Experten der Polizei prüfen, ob er Schutz für sich und sein Haus beantragt.

„Das ist schon ein komisches Gefühl, wenn man nachts geweckt wird und meterhohe Flammen aus dem eigenen Auto schießen“, sagte Freiberg nach dem Brandanschlag. Dass er nur zufällig Opfer eines Feuerteufels geworden ist, glaubt der GdP-Chef nicht: „Ich habe im vergangenen Jahr massive Drohungen von Rechtsradikalen erhalten.“ So habe ihn ein Anrufer, der sich mit „Leibstandarte Adolf Hitler“ vorstellte, angebrüllt: „Dich kriegen wir noch.“ Mehrfach erhielt Freiberg Morddrohungen aus der rechten Szene.

Doch auch einen Anschlag von links schließt Freiberg nicht aus: „Ich gehe davon aus, dass in den nächsten Tagen ein Bekennerschreiben auftaucht“, sagt der 50-Jährige. „Solche Leute wollen sich mit ihren Taten brüsten.“

Gestern früh gegen 2.30 Uhr hatten Hunde in der Nachbarschaft angeschlagen. Eine halbe Stunde später stand der schwarze 5er BMW in Flammen. Nachbarn klingelten Freiberg aus dem Bett. „Die Flammen waren gut drei Meter hoch. Mit einem Feuerlöscher war da nichts zu machen. Außerdem hatte ich Angst, dass der Wagen explodiert“, sagt der Gewerkschaftsboss. Polizei und Feuerwehr brachten die Lage unter Kontrolle. Zwei Autos, die neben Freibergs BMW parkten, wurden beschädigt.

„Die Flammen waren gut drei Meter hoch. Mit einem Feuerlöscher war da nichts zu machen. Ich hatte Angst, dass der Wagen explodiert.“ K. Freiberg

Gestern untersuchten Brandermittler des LKA das Fahrzeug. Polizeisprecher Ralf Kunz: „Im Moment behandeln wir den Fall nicht als politische Straftat. Das Auto wird zunächst kriminaltechnisch untersucht.“ Freiberg und die am Tatort ermittelnden Polizisten hatten unter dem linken Vorderreifen einen Stofflappen entdeckt. Ob das Tuch mit Brandbeschleuniger getränkt war, wird geprüft.

Warum ausgerechnet jetzt ein Anschlag auf sein Auto verübt wurde, kann sich auch Freiberg, dessen Gewerkschaft rund 200 000 Mitglieder vertritt, nicht erklären. Sorge macht sich der 50-Jährige vor allem um die Sicherheit seiner Umgebung: „Nachbarn und Kinder haben Angst dass hier bald ein Molotowcocktail fliegt.“ Gestern sprach Freiberg schon wieder beim Delegiertentag der Gewerkschaft in Wilhelmsburg. Dort wurde der Kriminalhauptkommissar in seinem Amt als Landesvorsitzender mit 98 Prozent der Stimmen wieder gewählt: „Eine echte Freude nach dem Schock“, so Freiberg.

In Hamburg kommt es immer wieder zu Anschlägen gegen Politiker und Funktionäre: So schleuderten 1995 vier Radfahrer mit Farbe gefüllte Flaschen gegen das Haus des Staatsrats der Innenbehörde, Wolfgang Prill (SPD).

1996 warfen Vermummte Farbflaschen auf das Auto des damaligen Innensenators Hartmuth Wrocklage.

Um gegen das verstärkte Vorgehen gegen Bettler und Schwarzfahrer zu protestieren, schleuderten Unbekannte 1997 Farbflaschen gegen das Haus von Hochbahn-Chef Günter Elste.

Im Februar 1999 ließen Linksextreme den Dienstwagen des damaligen Innensenators Hartmuth Wrocklage (SPD) aus Protest gegen Abschiebungen in Flammen aufgehen. Seinem Nachfolger Olaf Scholz (SPD) wurde Buttersäure in die Wohnung gekippt.

Ein Busunternehmen wurde im Mai 1999 in Schenefeld Ziel eines Brandanschlages. Als Grund gaben die Täter in einem Bekennerschreiben an, dass der Busunternehmer NPD-Anhänger transportiert habe. (tt/jel)

Die Grenzen der Trans-Identität

In der Interim 547 und in der Zeck 108 war ein Papier mit dem hübschen Titel „Transidentitäre Organisierung & Hybridität – Heiliger Goldfisch, was ist denn das!?" zu lesen, in dem der Autor Gregor Samsa für ein antirassistisches Grenzcamp in Thüringen (und gegen eines in Hamburg) argumentiert. Dabei lässt er zuerst einmal die für Hamburg vorgebrachten Argumente Revue passieren und kommt zu dem Schluss, dass sie eigentlich weder für noch gegen Hamburg oder Thüringen sprächen. Diese Argumentation leuchtet mir im Großen und Ganzen ein. Weder die Struktur der Öffentlichkeit, noch die Themenvielfalt sprechen eindeutig für oder gegen einen der Standorte, und über deren Attraktivität kann man getrost unterschiedlicher Auffassung sein. Eine solche Geschmacksfrage sollte nicht den Ausschlag für einen der beiden Orte geben. Nach dem Unentschieden zur Zwischenbilanz setzt Gregor Samsa also darauf, das Spiel in der zweiten Hälfte auf einer anderen Ebene zu entscheiden, auf der es letztlich um die Frage geht, wie eine linksradikale, antirassistische Politik aussehen soll. Einige dieser Argumentationen und Behauptungen sollen hier nicht unwidersprochen bleiben.

1. Revolutionärer Antirassismus?

Gregor Samsa vermutet, die Kritik an dem zu erwartenden flüchtlingspolitischen Schwerpunkt eines von The Voice wesentlich mitbestimmten Grenzcamps in Thüringen sei davon motiviert, dass The Voice und andere Flüchtlingsorganisationen nicht revolutionär genug seien.
Wenn dies tatsächlich der Kern der gegenüber The Voice geäußerten Kritik wäre, wäre seine Kritik an dieser Position vollauf zuzustimmen, wenn auch aus anderen als den von ihm genannten Gründen. Denn die von ihm vertretene Position: „Radikale Widerständigkeit ist ein Privileg, keine Selbstverständlichkeit. Wer im absoluten Existenzkampf steckt, der bzw. dem bleibt selten mehr als Unterwerfung oder Unsichtbarkeit, oder aber (verzweifeltes) RebellInnentum", ist selbst eine Ohnmachtsfantasie, die politisches Bewusstsein an materiellen Wohlstand knüpft. Die Vielfalt der politischen Positionen sowohl im Globalen Süden als auch in den Metropolen straft jede vereinfachende Darstellung à la „die Armen können nur rebellieren, die Reichen haben die Möglichkeit reflektiertere Politik zu machen" Lüge. Ansätze autonomer, sozialdemokratischer, bürgerlicher oder auch stalinistischer Politik existieren sowohl im Norden als auch im Süden, zwar nicht unabhängig von den materiellen Bedingungen, aber doch auch nicht von ihnen determiniert.

Auch wenn ich also die (implizite) Erklärung Gregor Samsas für die politische Position von The Voice nicht teile, halte ich den Vorwurf dieses oder jenes sei keine revolutionäre antirassistische Politik für ziemlich substanzlos. Was, bitteschön, wäre den „revolutionärer Antirassismus"? Ein Antirassismus, der „das ganze System" infrage stellt? Aber wo wäre in diesem Zusammenhang „das System"? Ginge es dabei um die ökonomische Ordnung (Kapitalismus), um die Ressentiments und Vorurteilsstrukturen oder um die Verwirklichung gleicher Rechte? Aber unabhängig davon, ob es so etwas wie einen „revolutionären Antirassismus" geben sollte, würde ich bezweifeln, dass der von The Voice geführte Kampf um Bewegungsfreiheit und Menschenrechte weniger revolutionär ist, als die eingeschmissene Scheibe bei Bolle oder Durchsetzung eines besetzten Hauses – eher im Gegenteil.
Weil die Frage, wer denn der oder die Revolutionärste im ganzen Land sei, höchstens zur autonomen Identitätsbildung taugt, sollte die Frage mit wem man wie und wo zusammenarbeitet eine inhaltliche und damit eine politische sein. Aber genau dieser Aspekt wird von Gregor Samsa konsequent unterschlagen bzw. in seinem Konzept hybrider Identitäten zum Verschwinden gebracht.

2. Identitäten

Bevor Gregor Samsa transidentäre Organisierung und Hybridität als Perspektive antirassistischer Politik präsentiert, liefert er eine Analyse der gegenwärtigen Situation, die ungefähr so aussieht: Die antirassistischen Grenzcamps waren bisher mehrheitlich deutsche-weiße Veranstaltungen. Dies ist Effekt rassistischer Ein- und Ausschlussmechanismen und stützt sich auf die Existenz rassistisch aufgeladener Wir-Ihr-Identitäten. Die Unterschiede zwischen refugees, deutschen Weißen und MigrantInnen seien auf die rassistische Vergesellschaftung und gesellschaftliche Plazierung zurückzuführen und der Grund für die bisher mangelnde Kooperation. Linke Politik müsse die unterschiedlichen Identitäten, die „unmittelbare, schattengleiche ZeugInnen dieser Verhältnisse" seien, anerkennen und perspektivisch darauf zielen neue Identitäten zu erproben, die nicht auf Ein- und Ausschlüssen basieren. Ich denke, dieser Analyse liegen gleich eine ganze Reihe von falschen Annahmen und Fehlschlüssen zugrunde.
Unter der Hand entstehen bei Gregor Samsa zwei große Gruppen, in die diese Gesellschaft aufgeteilt sei: die rassistisch Diskriminierten und die nicht rassistisch Diskriminierten. Dies mag ja ganz übersichtlich sein, mit den realen Lebensverhältnissen hat diese dichotome Zweiteilung nichts zu tun. In beiden Gruppen sind die Differenzen mindestens ebenso ausgeprägt, wie die Gemeinsamkeiten, und zwischen beiden theoretischen Gruppen existieren tatsächlich große Überschneidungsbereiche. Es sind nicht (vor allem) die Verhältnisse, die Überzeugungen, Wahrnehmungen und Handeln bestimmen. Wem die fundamentalen Menschen- und Sozialrechte entzogen sind, der und die haben nicht „notwendigerweise" und auch nicht „ein" ganz eigenes Politik- und Radikalitätsverständnis, sondern viele verschiedene und (mehr oder weniger) bewusst gewählte.
b) Die immer wieder gerne wiederholte Behauptung, die geringe Beteiligung von MigrantInnen an autonomer Politik läge am Rassismus der Szene, überschätzt sowohl den Rassismus als auch die Bedeutung der Linksradikalen. Dass in manchen SPD-Ortsvereinen mehr MigrantInnen organisiert sind als bei den Autonomen, liegt nicht daran, dass die SPD-Mitglieder weniger rassistisch wären, sondern daran, dass die SPD-Ortsvereine mehr politischen Einfluss haben als die Autonomen und außerdem der politischen Position der großen Mehrheit der hier lebenden MigrantInnen deutlich näher stehen als die Autonomen. Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass MigrantInnen im Gegensatz zur großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung mehr Sympathie für autonome, linksradikale Politikansätze zeigen sollten. Ob also die geringe Beteiligung von MigrantInnen und Flüchtlingen an den Grenzcamps tatsächlich mit dem Rassismus der Linken zusammenhängt oder ganz andere Gründe hat wäre m.E. erst noch zu untersuchen. Zumindest waren die Grenzcamps bisher Orte, an denen die von Gregor Samsa aufgezählten konkreten Ausformungen rassistischer Ein- und Ausschlußmechanismen (institutionelle und strukturelle Diskriminierung und Schikanen, verbale, symbolische und physische Gewalt) nicht oder nur in viel geringerem Maße existieren.
c) Identitäten sind weder einfach Schatten der Verhältnisse, noch sollten sie zum Ausgangspunkt emanzipativer Politik werden. Identitäten sind auch nicht „in erster Linie Herrschaftsprodukte", sondern auf individueller Ebene Ergebnisse komplexer Identifizierungs- und Zuschreibungsprozesse und auf kollektiver Ebene Wir-Konstruktionen mit ganz unterschiedlichen Inhalten, Ursachen und Wirkungen. Auf der politischen Ebene geht es in jedem Fall um kollektive Identitäten und die lassen sich häufig nicht mit den in den 1990er Jahren popularisierten identitätspolitischen Konzepten von Teilen – und die Betonung liegt hier auf Teilen – der Frauen- und Schwulenbewegung fassen.
Auch ich denke, dass kollektive Identitäten für das Handeln linker Bewegungen eine wichtige Rolle spielen. Die Konstruktion eines gemeinsamen „Wir" – die immer auch die Definition eines Außen, eines Nicht-Wir einschließt – erleichtert es, sich mit den gemeinsamen Zielen und Überzeugungen zu identifizieren. Die Wir-Konstruktion dient

zudem dazu, eine gewisse Dauerhaftigkeit der politischen Bewegung herzustellen und macht diese zugleich für Außenstehende identifizierbar.
In diesen kollektiven Identitätskonstruktionen spiegeln sich Erfahrungen, Überzeugungen, Lebensweisen und Vorlieben der AktivistInnen wider, sie dienen als Sammelpunkte politischen Handelns, sie sind aber in der Regel nicht das, worum es den Bewegungen im Kern geht. So gibt es unzweifelhaft eine kollektive Identität der Autonomen, aber in der Mehrzahl der politischen Aktionen dieser Bewegung steht nicht die kollektive Identität im Mittelpunkt, sondern Stadtteilpolitik, Krieg, Ausbeutung, Globalisierung, Sexismus und die Atompolitik. Nur in den Bewegungen, in denen es vor allem um Anerkennung geht, steht Identität im Mittelpunkt emanzipativen politischen Handelns. Bei der Mehrzahl gesellschaftlicher Konflikte geht es aber nicht um Anerkennung, sondern beispielsweise um die Verteilung von Ressourcen oder um Wertkonflikte. In all diesen Konflikten ist kollektive Identität nicht vor allem als Ergebnis von Herrschaftsstrukturen von Bedeutung.
Gemeinsames Handeln fußt in diesen Konstellationen sinnvoller Weise nicht auf hybriden Identitätskonstruktionen, sondern auf gemeinsamen Interessen und Überzeugungen.

3. Antirassismus und Flüchtlingspolitik

Vielleicht ist es der identitätspolitische Ansatz, der Gregor Samsa den Blick auf die politischen Konflikte des Frankfurter Grenzcamps verstellt. Die Idee, das Grenzcamp dieses Jahr in Thüringen zu veranstalten wurde doch vor allem von denen gepusht, die die Zusammenarbeit mit The Voice im letzten Jahr als besonders erfolgreich angesehen haben. Mein Eindruck war allerdings, dass in Frankfurt gerade auch deutlich geworden ist, wo die Grenzen der Gemeinsamkeit liegen. Als Experten zum Thema Rassismus, Flüchtlinge und Migration eingeladen (übrigens ganz entgegen dem Motto :"Jeder Mensch ist ein Experte") haben sie ihren Standpunkt referiert und für ihr Kampagne mobilisiert. Und obwohl es auf meine Meinung sicherlich nicht ankommt, will ich hier gerne freimütig bekennen, dass ich diese Kampagne für politisch richtig und sinnvoll halte und The Voice in ihrem Kampf alle Unterstützung verdient. Die Veranstaltung mit dem Vertreter von The Voice auf dem Frankfurter Grenzcamp machte aber auch deutlich, dass weder die TeilnehmerInnen des Camps irgendwelche Fragen an The Voice noch der Vertreter von The Voice irgendwelche Fragen an die TeilnehmerInnen des Grenzcamps hatten. Auf dieser Basis lässt sich zwar gemeinsam Handeln aber nicht Diskutieren und für mich machen gerade die Diskussionen einen guten Teil des Reizes der Grenzcamps aus. Diese Sprachlosigkeit lag sicherlich einerseits am Setting, das nicht die Diskussion eines Themas, sondern den Dialog mit einer Organisation in den Vordergrund stellte. Es lag an den GrenzcamperInnen, die ihren - soweit er den vertreten wurde – Vorwurf der mangelnden Radikalität gegenüber The Voice nicht formuliert haben, und es lag an The Voice, die die CamperInnen als das wahrgenommen haben, was sie faktisch auch sind: UnterstützerInnen ihrer Kampagne gegen die Residenzpflicht.

4. Rechtspopulismus

Nur in ein paar Nebensätzen taucht im Artikel Gregor Samsas der Punkt auf, der aus meiner Sicht am stärksten dafür spricht, in diesem Sommer auch in Hamburg ein „Land-in-Sicht"-Camp zu veranstalten: die beunruhigenden Wahlerfolge des Rechtspopulisten Schill und seiner Partei bei den Wahlen in Hamburg im letzten Herbst.
Ich denke, es ist dringend nötig, sich in einem etwas größeren Rahmen darüber auszutauschen, wie dieser populistische Wahlerfolg denn zu bewerten ist. Ist Schill – wie es der Aufruf zum „Land-in-Sicht"-Camp suggeriert – nur eine wahlweise kleinere oder größere Ausgabe von Schily? Ist er ein lokales Phänomen, von dem in vier Jahren niemand mehr sprechen wird, oder ist er Ausdruck eines in verschiedenen europäischen Ländern zu beobachtenden Trends, der bestimmte institutionelle Arrangements dieser Gesellschaft grundlegend infrage stellt? Wie könnten Strategien linker, antirassistischer Politiken aussehen, die die massenhafte Unterstützung Schills nicht zum völkischen Konsens stilisieren, aber gleichzeitig die Anschlüsse und Überlappungen zwischen Schill und den etablierten Parteien berücksichtigen will?
U.a. diese Fragen sind es, die m.E. für ein „Land-in-Sicht"-Camp in Hamburg sprechen. Sie sprechen nicht gegen das Grenzcamp in Thüringen, und in diesem Sinne ist es sicher nicht das Schlechteste, dass beide diesen Sommer stattfinden werden.

Kein Eisberg in Sicht, ruft euer Käpt'n
Edward J. Smith





Entschädigung für griechische Nazi-Opfer

Neuer Prozess gegen die Bundesrepublik Deutschland vor dem obersten griechischen Gerichtshof – Areopag

Angehörige des AK-Distomo aus Hamburg waren vom 7.-20.4.02 in Griechenland, um sich über den neüsten Stand der politischen und juristischen Auseinandersetzung in der Entschädigungsfrage zu informieren. Sie besuchten unter anderem die Verhandlung vor dem Areopag.

Am 17.4.2002 befasste sich der oberste Gerichtshof Griechenlands, der Areopag, erneut mit der Frage der Entschädigung für deutsche Kriegsverbrechen, die während der Besatzung Griechenlands begangen wurden. Im sogenannten "Lidoriki"-Verfahren hat das Gericht nochmals über diejenigen rechtlichen Fragen zu entscheiden, die schon Gegenstand des "Distomo"-Prozesses waren.

Zur Erinnerung: Im April 2000 entschied der Areopag, dass die Bundesrepublik Deutschland den Opfern des SS- Massakers vom 10.6.1944 in der griechischen Ortschaft Distomo und deren Hinterbliebenen Entschädigung in Höhe von ca. 28 Mio. Euro zu zahlen habe. Seinerzeit hatte der Areopag zum einen die Frage bejaht, dass griechische Bürger vor griechischen Gerichten gegen die BRD klagen können. Zum anderen stützte der Areopag seine Entscheidung darauf, dass der Grundsatz der Staatenimmunität , auf den sich die Bundesrepublik beruft, jedenfalls dann nicht zum Tragen kommt, wenn es sich bei den zu beurteilenden Taten um Verbrechen gegen die Menscheit handelt. Dies wurde im Distomo-Fall angenommen.Damit waren in Griechenland alle Instanzen ausgeschöpft, die Entscheidung des Areopag ist rechtskräftig.

Die Bundesrepublik weigert sich dennoch bis heute, den Opfern Entschädigung zu leisten. Klägeranwalt Ionnis Stamoulis ließ deshalb sogar das Goethe-Institut in Athen pfänden. Mit juristischen Finten und politischem Druck auf die griechische Regierung konnte die Bundesregierung aber eine Zwangsversteigerung deutscher Liegenschaften bislang abwenden.

Normalerweise hätten im "Lidoriki"-Fall, über den nunmehr der Areopag zu entscheiden hat, die gleichen Grundsätze zur Anwendung kommen müssen, die der Distomo-Entscheidung zugrunde liegen. Die Bundesrepublik hätte erneut verurteilt werden müssen. Dies ist jedoch in Frage gestellt.

Mit der Entscheidung ist nämlich nicht mehr der gleiche Zivilsenat befasst, der in Sachen Distomo entschieden hat. Der damalige und jetzige Vorsitzende des Gerichts, Mathias, vertrat schon im Distomo-Prozess eine abweichende Meinung und wollte die Klage abweisen, unterlag aber seinerzeit der Senatsmehrheit. Mathias verfiel daher auf einen juristischen Trick, um eine erneute positive Senatsentscheidung zu verhindern. Er rief den gemeinsamen Senat aller griechischen Obergerichte an, damit dieser das Verfahren an sich ziehen sollte. Der Clou dabei ist, dass Mathias zugleich der Vorsitzende des gemeinsamen Senats ist, die personelle Zusammensetzung ansonsten aber eine andere. Damit besteht aus Sicht von Mathias die Chance auf andere Mehrheitsverhältnisse und eine juristische Kehrtwendung in der Entschädigungsfrage. Es ist offenkundig, dass das Gericht unter einem enormen politischen Druck der griechischen Regierung steht, die wiederum einen offenen Konflikt mit der BRD vermeiden will.

Der gemeinsame Senat des Areopag tagte nun am 17.4.02 . Die Erwartungen, aber auch die Befürchtungen, bezüglich des Ausgangs dieses Verfahrens waren gross. Wenn der oberste Senat negativ entschiede, wäre das Urteil im Distomo-Prozess überholt, und alle anderen Opfer und Hinterbliebenen, die auch gegen die BRD klagen, stünden mit leeren Händen da. Es bliebe nur noch der Weg zu den europäischen Gerichten.

Der Prozess begann abends um 18.30 Uhr und endete erst um 23.00 Uhr, ungewöhnlich selbst für griechische Verhältnisse. Das Interesse war enorm gross, aus vielen Ortschaften ganz Griechenlands waren Menschen angereist. Einwohner Distomos hatten einen Reisebus angemietet, und waren allein schon mit mehr als 60 Beobachter/inne/n vertreten.. Der Sitzungssaal war restlos überfüllt, viele der Angereisten fanden keinen Platz mehr und hielten sich über Stunden hinweg auf den Gängen des Gerichts auf.

Eine Entscheidung traf das Gericht noch nicht. Der Berichterstatter, einer der zwölf Richter des Senates, der in den Sachverhalt einführte, tendierte dazu, die Zuständigkeit des Senats anzunehmen und in der Sache gegen die Entschädigung zu entscheiden. Die weiteren Richter des Senats gaben hierzu allerdings keine Erklärungen ab.

Rechtsanwalt Ioannis Stamoulis hielt für die Opferseite ein beeindruckendes ca. 1-stündiges Plädoyer. Er rügte zunächst die Zuständigkeit des Senats, denn die griechische Verfassung sieht eine solche Vorgehensweise, wie sie Mathias an den Tag gelegt hatte, überhaupt nicht vor. Der gemeinsame Senat darf nur dann angerufen werden, wenn zwischen zwei Obergerichten eine unterschiedliche Rechtsauffassung besteht. In diesem Fall bestand aber nur eine abweichende Meinung innerhalb eines Senats, so dass hier faktisch durch die Hintertür eine neü Rechtsinstanz geschaffen wurde - ein klarer Verfassungsbruch. Stamoulis warf dem Vorsitzenden vor, ein Diktator gegen die Mehrheit zu sein.

Stamoulis legte aber auch dar, welche grundlegende Bedeutung die Frage der Entschädigung für die Gerechtigkeit hat. Stamoulis machte deutlich, dass ein Grundsatz der Staatenimmunität, wenn er denn überhaupt zum Tragen käme, keine Anwendung bei Verbrechen gegen die Menscheit fände. Bei den Massakern der Wehrmacht und der SS in Griechenland habe es sich um keine normalen Kriegshandlungen, sondern um Kriegsverbrechen gehandelt.

Alle Vertreter der Opfer wurden von den ZuschaürInnen der Verhandlung mit Applaus bedacht, was der Vorsitzende nur einmal erfolglos zu verhindern suchte. Die griechischen Anwälte der Bundesrepublik wurden hingegen augebuht. Wann die Entscheidung des gemeinsamen Senats ergehen wird, ist nicht bekannt. Es werden aber sicher Wochen, wenn nicht Monate vergehen.

Zuvor am 15.5.2002 wird der Zivilsenat des Areopag sich allerdings erneut mit dem Thema Entschädigung befassen, denn an diesem Tag wird über die Rechtmässigkeit der Zwangsvollstreckungsmassnahmen im Distomo-Fall (Pfändung und Zwangsversteigerung u.a. Göthe-Institut) verhandelt.

AK-Distomo-Hamburg

--

Ein ausführlicher Bericht über die Griechenlandreise des Arbeitskreises wird folgen – (u.a. 3.6.02 Sendung im FSK)

--

Der Arbeitskreis Distomo aus Hamburg unterstützt die Entschädigungsforderungen griechischer - und aller anderen - NS-Opfer!
Email <distomo-hamburg@gmx.de>

nachtrag zu genua, den verhören und aussagen von einer ehemaligen gefangenen aus genua - 05.04.2002 22:16

stellungnahme zu den verhören und den aussagen die wir gemacht haben, und wie es dazu gekommen ist.

-ich bin „eine“ der ehemaligen gefangenen vön genua, und davon eine aus der sogenannten 10er gruppe. ich möchte mich hiermit in die gegenwärtige diskussion um aussageverweigerung einklinken, versuchen zu erklären, wie es zu den aussagen gekommen ist und einen überblick darüber zu geben, zu was wir überhaupt befragt wurden, und was wir ausgesagt haben. ich finde die diskussion hierüber sehr notwendig, grade auch weil wahnsinnig viele leute in genua, göteburg, im wendland, in brüssel, ... aussagen/einlassungen gemacht haben.
bis ich selbst im knast in italien sass dachte ich, wenn ich verhaftet werden sollte, mache ich totale aussageverweigerung und wenn es dann einen prozess geben sollte, redet meine rechtsanwältin. ist ja ganz einfach und eh am besten...
dann sind ein paar sachen zusammen gekommen wie lange drohende haft, schlechte kenntnis vom italienischen rechtssystem und probleme mit den anwältinnen, die tatsache, dass in italien aussageverweigerung gegen eine verwendet werden kann, und dass ich z.t. mit leuten unterwegs war die ich kaum kannte und mit denen ich mich also noch sehr wenig auseinandergesetzt hatte, die angst sich von den anderen abzuspalten und dann alleine dazustehen und ich habe mich doch auf verhöre eingelassen.
wir haben keine leute verraten, oder dem staat informationen gegeben, die er nicht auch aus dem internet ziehen, oder sonstwoher haben könnte.
trotzdem bewerte ich unsere entscheidung uns auf aussagen einzulassen als ziemlich groben fehler. (dazu später mehr...)
da es zu aussagen aber offensichtlich sehr unterschiedliche ansichten in der linken gibt, hoffe ich durch diesen schon lange geforderten text etwas offenlegen/klarstellen zu können, bzw. zumindest die möglichkeit zu geben eine grundsatzdebatte am konkreten fall führen zu können.
dass es solange gedauert hat, bis ich was schriftliches zusammengekriegt habe, hängt ganz einfach damit zusammen, dass ich eigentlich gerne etwas gemeinsam mit den anderen 9 geschrieben hättte, aber einige der anderen die dringlichkeit oder notwendigkeit dazu nicht sehen. natürlich gibt es nach 6 wochen knast und einem eventuell/ wahrscheinlich noch anstehenden prozess auch noch viel mehr zu diskutieren als aussageverweigerung und dieses thema hat trotzdem bei uns immer einen sehr grossen raum eingenommen, meiner meinung nach ist es aber unumgänglich über das geschehene auch breit in der linken zu diskutieren, um fehler zu analysieren und die seit jahren etwas verblasste anna+arthur kampagne wieder auf die tagesordung zu bringen.
ein weiteres problem bei unserer diskussion war außerdem, dass wir aus verschiedenen städten, und auch sehr unterschiedlichen hintergründen kommen.

-mehrere von uns kannten sich vor unserer reise überhaupt nicht, andere bekanntschaften waren eher oberflächlich, d.h., unsere reisegruppe ist einfach sehr spontan entstanden. (das war übrigens etwas was wir ausgesagt haben.) wir vertreten unterschiedliche meinungen, und das war auch schon im knast so. trotzdem haben wir im knast immer versucht auf einen gemeinsamen nenner zu kommen und als gruppe zu handeln und uns gegenseitig stärke zu geben. wenn wir entscheidungen zu treffen hatten, haben wir immer versucht zu einem konsens zu kommen; aufgrund von zeitdruck war das aber nicht immer möglich, so daß auch mal die mehrheit ausschlaggebend war.

-das hauptproblem, das ich mit unseren aussagen habe, liegt in dem umstand, dass wir zwar unter ganz vielen anderen, aber als 10er gruppe doch deutlich sichtbar, einen schritt gemacht haben, der das prinzip der aussageverweigerung deutlich aufweicht. aussagen, auch wenn sie niemanden direkt belasten, geben dem staat nicht nur informationen über lebensumstände, denkstrukturen und bewegungszustände, öffnen womöglich türen zu weiterer kooperation, sondern schwächen vor allem die position all der leute, die keine aussagen machen wollen!
dann haben wir unsere aussagen auf jeden fall viel zu früh gemacht. sich auf aussagen einzulassen bevor überhaupt ne akteneinsicht da ist, ist mehr als fahrlässig.
auch das argument, wir sind doch 2 tage nach den protesten festgenommen worden, und deswegen ist das nochmal ne doppelte schweinerei uns in den knast zu stecken,und deswegen will ich dazu auch was sagen, zählt für mich nicht. erstmal geht es dem staat sowieso nicht um gerechtigkeit, und wenn wir jetzt weil wir unschuldig sind brav aussagen machen, heisst das noch lange nicht, dass es uns was nützt, und unterstützt nur wieder die argumentation des staates, wer unschuldig ist hat auch nichts zu verbergen, bzw. wer nichts sagt ist also schuldig. ich will jetzt gar nicht anfangen damit, dass es beschissen ist, beweisen zu müssen, dass mensch unschuldig(im juristischen sinne) ist, was erwarten wir schon von der justiz...
wenn mensch sich politisch äußern will, kann er/sie das auch in einer prozesserklärung.
was bei vielen leuten die aussagen gemacht haben sicherlich auch eine rolle gespielt hat, ist die überlegung, "wieso soll ich für das prinzip der aussageverweigerung persönlich soviel opfern, wenn ich mit meinen aussagen niemanden direkt reinreite?" aber dieses prinzip/recht war mal ein wichtiges standbein der linken, und es ist nur ein zeichen der schwäche unserer bewegung, wenn alle entscheidungen/siege oder niederlagen nur noch individuell getroffen/erlebt werden.(ganz abgesehen davon, dass aussagen kein garant dafür sind rauszukommen, bzw. aussageverweigerung nicht heissen muss, dass mensch drin bleibt) ich weiss nicht ob es "leichter" ist in den knast zu gehen, wenn mensch weiss, dass draussen fett was los ist, bzw. mensch teil einer starken bewegung ist, aber ne individuelle geschichte hatte jede schon immer. sicher ist aber, dass sich zu anderen zeiten die leute viel mehr mit dem thema knast auseinandergesetzt haben. dabei ist die gefahr einzufahren bestimmt nicht kleiner.geworden.
ausserdem ist es nicht so, dass eineR draussen "besser" kämpfen kann als drin, oder dort mehr gebraucht wird für die bewegung. klar wollen alle lieber draussen sein, aber im knast gibt`s meistens auch leute(wenn mensch nicht in isohaft ist)und auf jeden fall viele möglichkeiten (und viel zeit) zu kämpfen.
klaus viehmann hat hierzu geschrieben, dass es nicht das wichtigste ist hier und heute aus dem knast zu kommen. solidarität mit den mitgefangenen (vor allem die mit denen die nix sagen wollen) und wirkung des eigenen verhaltens auf die öffentlichkeit sind wichtiger. und eine ungebrochene persönlichkeit/biografie ist wichtiger, denn sie ist ein guter start ins leben nach dem knast.
dem kann ich nur zustimmen, und ich will jetzt auch nicht jammern, wenn ich bestätige, wie ätzend es ist was gemacht zu haben, was ich eigentlich voll beschissen finde.

-wenn ich jetzt (aus meiner sicht) im folgenden näher darauf eingehe, wie es denn jetzt dazu gekommen ist, dass wir aussagen gemacht haben, soll das keine aufzählung von rechtfertigungen sein, sondern die grundlage für eine aufarbeitung.
wie wichtig dem staat aussagen sind, hat sich am besten im carabinieri-gewahrsam gezeigt. die ganzen schläge und tritte, der ganze psychoterror hatte eigentlich nur einen grund: los, sagt was! gebt irgendwas zu!
wir haben nix gesagt, und grade deswegen auf den kopf gekriegt. als wir dann in die knäste verlegt wurden, waren wir frauen plötzlich von den männern getrennt, was hiess, dass alle kommunikation und diskussion z.b. über anwältinnenwahl, aussagen oder nicht usw. unheimlich erschwert und

zeitverzögert war. deswegen schreib ich im folgenden auch nur aus unserer sicht. am anfang hatten wir ja gar keinen kontakt nach draussen, unsere anwältin haben wir nach 3 tagen zum ersten mal gesehen, und dass nicht mal alle, und nur 10 min. das einzige was sie sagte war: morgen ist haftprüfung, sagt auf jeden fall was zu den indizien,das ist eure einzige haftprüfung vor dem prozess, wenn ihr nix sagt, bleibt ihr auf jeden fall drin. von den männern hiess es, dass sie auf jeden fall was sagen. das problem war also,wir sitzen in 2 verschieden knästen, die frauen auch nochmal in 2 gegenüberliegenden zellen, wie können wir da ne entscheidung treffen? wir haben also bis spät in die nacht diskutiert (zeitstress ohne ende!) und konnten zu keiner gemeinsamen entscheidung kommen, am schluss hat also mit bauchweh die mehrheit entschieden (wie sonst?!), daß wir einlassungen zu indizien und reiseweg machen. tja, das hat den haftrichter nicht gross beeindruckt und wir mussten erstmal drinbleiben. wir haben dann ziemlich direkt die anwältin gewechselt(die männer haben sie behalten). in den 2 wochen bis zur nächsten haftprüfung (im folgenden hp) hatten wir dann einige anwältinnengespräche und es kamen auch die ersten besuche und briefe. mit den rechtsanwältinnen (im folgenden ra) hatten wir enorme verständigungsschwierigkeiten, nicht nur auf sprachlicher ebene. ein hauptproblem war, dass sie sich ständig beklagten, dass wir ihnen nicht vertrauen, und es absolut nicht verstanden/kannten, dass wir sie nicht einfach machen ließen, sondern immer genau wissen wollten, was los ist und unsre strategie selbst bestimmen und mit ihnen diskutieren wollten. daß wir nach unserer verkackten 1. hp beschlossen hatten, doch nix mehr zu sagen, versetzte unsre ra`s quasi in entsetzen. ihr standardspruch war:

ihr müsst was sagen, sonst bleibt ihr auf jeden fall drin, in italien ist es ein schuldeingeständnis nix zu sagen, außerdem sind die richterinnen eh alles linke (?????) ,ihr müsst uns vertrauen. anfangs war es unmöglich mit ihnen politisch zu diskutieren, auch unsre argumentation, dass dies - natürlich- ein politischer prozess ist, wurde entgeistert zurückgewiesen.

an diesem punkt möchte ich einfügen, dass unsre erste anwältin multedo als erfahrene linke anwältin gilt, die von den verschiedensten gruppierungen im vorfeld empfohlen wurde, auch tambucchio,den wir behielten, ist ein linker anwalt, nur roveta, den wir auf empfehlungen neu hinzuhahmen, stellte sich als etwas unerfahren, dafür aber sehr motiviert heraus. gerade die ra-wahl war für uns wahnsinnig schwer gewesen- wir kannten ja niemand, und die einschätzungen von aussen waren teilweise dermaßen widersprüchlich, dass wir uns eher wie beim lottospielen vorkamen, als dass wir das gefühl hatten, jetzt richtig loslegen zu können. naja, auf wiederholte hilferufe nach draussen hin, bittebitte den ra's klarzumachen, was wir uns unter zusammenarbeit in einem politischen prozess vorstellen, wurde das verhältnis besser.(im nachhinein wurde uns von leuten gesagt, dass in italien, im gegensatz zu hier, der begriff „politischer Prozess“ immer bedeutet, ein geständnis zu machen, und das dann politisch zu vertreten.(?)) trotzdem haben sich im nachhinein einige dinge herausgestellt, die echt scheisse warn. wir nehmen zwar eher laxheit als berechnung als hintergrund an, trotzdem haben die ra keine unwesentliche rolle bei der entscheidungs"findung" hin zu aussagen gespielt.

so waren die männer bei der 2.hp (->"es gibt nur eine?!") nicht wenig erstaunt, als wir nix sagten, nachdem sie in absprache mit den ra`s ihre unschuld beteuert hatten, und auf deren aussagen hin auch dachten, wir würden jetzt ebenfalls was sagen.

nachdem staatsanwältin canepa dann mit ihren überzeugenden beweisen (die berühmten zigarettenfilter- molliezünder) aufgetrumpft hatte,und in den medien die hetzkampagne gegen den blackblock und seine vermeintlichen mitglieder in unverminderter härte weiterging, war klar, dass wir auch nach dieser haftprüfung nicht rauskommen dürfen.

nun trat eigentlich fast sowas wie erleichterung bei uns ein: auch der letzten optimistin wurde klar, dass das was längeres wird, und wir jetzt "endlich" zeit haben, uns vorzubereiten auf den prozess oder eine neue hp (die von ra's aufgrund neuer beweislage jederzeit neu beantragt werden kann, was wir auch erst jetzt erfuhren). meiner meinung nach war genau das auch einer der wichtigsten punkte, die gegen aussagen gesprochen haben, naja...

von unseren ra`s kam jetzt das ding, dass wir gedächtnisprotokolle

unserer reise und der tage in genua anfertigen sollen, weil, sollten sie eine neue hp beantragen, die staatsanwältin oder der richter bestimmt ein verhör machen wollen. wir mussten also weiter diskutieren. für einige kam sehr wohl von anfang an in betracht sich auf verhöre einzulassen. dabei spielte es auch eine grosse rolle, dass wir von besucherinnen gesagt bekamen, dass es den männern aufgrund der fortgesetzten misshandlungen im knast, die zwar nach den besuchen von deutschen konsulats/botschafts(?)-angestellten und empörten presseerklärungen von dt. politikerinnen aufgehört hatten, -aber die folterer warn natürlich noch ständig präsent-, ziemlich schlecht geht, und sie auf jeden fall da raus wollen. gleichzeitig diskutierten wir auch



mit unseren besucherinnen. der kontakt mit "der" linken szene italiens/genuas gestaltete sich extrem schwierig. die spaltungen untereinander sind etwa so gross wie hier(?), und ausser dem gsf und einem hauptsächlich von leuten aus deutschland gebildeten ea, schien es quasi keine antirepressionsstrukturen zu geben.(vom ea in milano haben wir gefangene so gut wie nichts mitbekommen)
was bei uns ankam war: einer von dem centrosociale hat das gesagt, eine aus dem spectrum das, usw..der grundtenor war, solang niemand belastet wird, sind aussagen voll o.k.,und nichtaussagen würden tatsächlich als schuldeingeständnis gewertet werden. somit rieten uns auch fast alle besucherinnen zu aussagen. von fast allen kam, in deutschland wäre das mit der aussageverweigerung völlig klar(?), aber in italien sähe das anders aus. dazu soviel, dass für die meisten das wirklich kein neues thema war, sondern für quasi alle seit jahren (auch praktizierter) grundsatz. wir im knast waren ziemlich genervt, weil wir mit den infos kaum was anfangen konnten und auch nicht wussten, was wir glauben sollen oder nicht.
gleichzeitig gingen alle aufgrund der von den medien aufgeheizten stimmung (irgendwie müssen ja die bullen+ militär(carabinieri)- übergriffe überspielt werden) und wegen der faschistischen regierung davon aus, dass wir, grade als "10er gruppe" , zu sündenböcken gemacht und dazu benutzt werden sollen, einen präzedenzfall zu schaffen, um in zukunft demonstrantinnen als terroristinnen wegzusperren. das hat ja jetzt der 11.9. geschafft, aber schon vorher kamen gegen uns "antiterrorparagraphen" zum einsatz, die eine mindeststrafe von 8 jahren (für plünderung und zerstörung) bedeuten.
da wir nicht zu einer einigung kommen konnten, beschlossen wir, erstmal die gedächtnisprotokolle anzufertigen, und dann weiterzusehen.

am fr.17.08. bekamen wir besuch von heidi lippmann die uns erzählte, dass wohl nächste woche die verhöre losgingen. wir fielen aus allen wolken. auf unser drängen hin kamen am samstag nochmal die ras zu uns, und bestätigten, dass im laufe der nächsten woche (so ab mittwoch) die staatsanwältin uns zu verhören laden will. sie hätten im laufe der woche die neuen beweise (fotos aus den autos, ne aussage von nem verkehrspolizist) beim zuständigen richter eingereicht, damit wir schnell rauskommen. wir wussten zwar, dass unsre anwältinnen sowas vorbereiteten, die entscheidung hatten sie aber einfach ohne uns getroffen. ausserdem sagten sie uns noch, dass die männer aussagen wollen.(die hatten sich aber in wahrheit auch noch nicht entschieden!) wir bestanden darauf, dass sie montag nochmal kommen, weil wir so schnell nix entscheiden können. als sie montags nochmal kamen, war die entscheidung wieder mehrheitlich gefallen, uns jetzt doch auf aussagen einzulassen. vorher waren die ra`s aber schon bei den männern gewesen, und hatten ihnen gesagt, dass wir ausssagen wollen.
um ca 14°° wurden dann auch schon 2 von ihnen zum verhör abgeholt.
ca. 2h vorher erreichte uns endlich! post mit schriftl. stellungnahmen von draussen: jeweils 1 von freundinnen vor ort, von "jüngeren ital. genossinnen"(?), von "älteren ital. Genossinnen"(?), und von 2 weiteren bekannten linken ital.ra's. alle sprachen sich für aussagen aus. ein einziger brief aus d. war dagegen, und riet uns zu warten. wir wussten leider nicht wer den geschrieben hatte. aber es war ja quasi eh zu spät.
die ra's gaben uns noch ein "macht euch keine sorgen" mit auf den weg, und sagten uns, dass sie sehr optimistisch seien, daß wir danach rauskommen.

-beim staatsanwaltlichen verhör anwesend war jeweils eineR von uns + anwalt, eine dolmetscherin, die ausnahmsweise tatsächlich deutsch gesprochen hat, die staatsanwältin canepa, die normalerweise mafiafälle macht, und ein sekretär. zu dem ist noch zu sagen dass er im feinsten bikeroutfit herausgeputzt war - mit kaputten jeans, ohrringen, lederjacke,boots,...-ob der immer so rumläuft, oder für uns ein bisschen "die situation auflockern" sollte, sei mal dahingestellt. die ganze zeit lief ein diktiergerät, bei einigen von uns blätterte canepa ständig vielsagend in dicken ordnern. am ersten verhörtag wurden 2 der männer verhört- jeweils ca. 3h, wobei da natürlich die übersetzung mitreingehört. erst sollten sie frei den weg unserer reise erzählen. sie erzählten, wann wir in deutschland losgefahrn sind, dass wir über frankreich nach italien gefahrn sind, in torino auf nem festival della musica waren, dort 2 unserer reisegruppe dazugekommen sind und niemand bzw.nur oberflächlich kennengelernt haben.
über unseren aufenthalt in genua erzählten sie, dass wir auf dem manuchau konzert warn (woher wir auch das infomaterial hatten), an der migrantinnendemo teilgenommen haben und im camp im parque alvaro gepennt haben. am freitag (dem tag mit den grössten aussschreitungen) seien sie morgens aus dem camp losgegangen um sich die verschiedenen demozüge anzugukken. in der stadt wäre irgendwann alles total chaotisch gewesen, so daß keiner wußte, wo er rumgelaufen ist. ja, sie hätten zerstörungen(einer auch die plünderung eines supermarktes) gesehen, aber damit nichts zu tun gehabt. später hätten sie andere von uns in der nähe des lautis der tute bianche wiedergefunden, dort eine zeitlang rumgesessen. dort hätten wir wahnsinnig viele verletzte gesehen. weil das alles viel zu heftig war, wären wir zurück richtung camp gegangen,





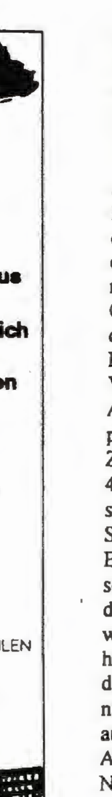


auf dem weg hätte auch ein ausgebranntes auto gelegen, vor dem andre leute fotos gemacht hätten, und wir dann albernerer-/bescheuerterweise auch (das foto is übrigens eindeutig kein "black-block"poserfoto,sondern mensch sieht n paar luftig gekleidete bescheuert grinsende touris). wir wären dann fast die ersten im camp gewesen. später hätten wir dann von der ermordung von carlo giuliano gehört, und hätten beschlossen, in ein camp ein stückchen weiter außerhalb in nervi umzuziehen. am nächsten tag seien wir von dort aus sehr spät losgelaufen zu der großen demo und hätten grade noch das hintere ende errreicht, das wir dann überholt hätten. irgendwann gab es dann aus heiterem himmel einen lauten knall, und eine von uns sei schreiend umgefallen. sie sei von einem aus der demo gekommenen feuerwerkskörper getroffen und am bein verletzt worden. ein anderer hätte ein knalltrauma bekommen. diese beiden und zwei weitere seien dann zurück ins camp getrampt. die anderen seien weitergegangen. später sei dann die demo von der polizei angegriffen worden, und sie wären weggerannt, und auch zurück ins camp gegangen.
am nächsten tag hätten wir dann gemäss unseren plänen die reise richtung süden an der küste entlang fortgesetzt. da wir dort nirgendwo mit unseren wannen hätten halten können, seien wir ein stück ins landesinnere gefahren und hätten uns als es dunkel wurde in einen feldweg gestellt, wo wir dann am montag den 21. morgens verhaftet wurden.
diese ausführliche aussage mussten nur die 3 männer machen, aus zeit gründen bekamen wir frauen dann jeweils eine der aussagen der männer vorgelegt. wir sollten dann sagen, ob die reise bis dato bzw. der aufenthalt in genua so grob bestätigt werden kann. falls nicht sollten wir das sagen. dann wurden wir nur noch mal zu einzelnen punkten befragt.
zur zusammenstellung unserer reisegruppe sagten wir was ich auch schon in punkt 2 erwähnt habe, und dass die besetzung der autos ständig wechselte.
besonders wichtig war der sta. der grund unserer reise, und ob wir schon vorher vorhatten an den protesten teilzunehmen. dies bejahten wir, trotzdem sei der hauptgrund unserer fahrt urlaub gewesen.
dann wollte sie wissen woher das infomaterial + die stadtpläne gekommen seien.
einige von uns befragte sie zu früheren personalienfeststellungen, verhaftungen bzw. verurteilungen in d-land. auf die antwort, dass der anlass zb eine antirassistische oder antiakw demo war, fragte sie ob dort auch der blackblock gewesen sei, was dann verneint wurde.
manche wurden auch gefragt, ob es in deutschland auch einen blackblock gäbe(~"keine ahnung"), ob wir den blackblock/anarchistinnen kennen würden("nein") bzw schon davon gehört hätten (~"war ja nicht zu übersehen bei der hetze im vorfeld").
grade hier ist es schwierig wiederzugeben, was wir geantwortet haben, weil die frage schon so schwammig ist und schon im vorhinein versucht wird einer etwas in den mund zu legen.
dann wurde noch die autohalterin ausführlich nach dem werkzeug, eine frau die verletzt war und welche die dabei waren nach der ursache und unfallhergang, einer nochmal speziell zu seinen tätowierungen.die fotoalben mit einem film von uns und mit den fotos von den beschlagnahmten gegenständen bekamen wir alle vorgelegt.
wir sollten hauptsächlich frei erzählen, die staaatsanwältin wollte dann gerne orte, +gruppen (waren dort die tute bianche?) identifiziert/präzisiert haben, was in einer fremden stadt bei so nem chaos logischerweise unmöglich ist. sie hätte wohl auch gerne gehabt, dass wir kontakt zu irgendwelchen leuten gehabt hätten, wie sollte sie sonst ihr konstrukt von den international agierenden anarchistischen terroristen des blackblock aufbaun. bei den fotos fragte sie auch manchmal nach- wir mussten auf jedem bild sagen wer drauf ist, auch wenn auf den ganzen bildern nur wir und ein bekannter von einigen drauf war, und sonst nur bilder wo leute von weitem bzw demos und graffitis drauf warn.
auf den fotos von den beschlagnahmten gegenständen sollten wir jeweils unsere eigenen sachen und klamotten identifizieren. bei so gefährlichen dingen wie schwimmbrille, perücke und beinschonern sollten wir sagen, wem die gehören, und die jeweiligen besitzerinnen, wozu sie sowas dabei gehabt hätten. bei den uns vorgelegten sachen war auch eine sturmhaube, von der wir nicht wussten wo sie herkam. da unser auto im parque alvaro ständig offen gestanden hatte, war eine vermutung, dass sie vielleicht von da stammen könnte.
die staaatsanwältin wollte natürlich auch wissen wer die bilder gemacht hat.
weggelassen bei der zusammenfassung habe ich emotionale äusserungen/ ausführungen (á la: " da war ich geschockt...") und den ganzen „unwichtigen“ kram der in eine ausführliche schilderung der tage gehörte (klo gesucht, eis gegessen, sonne geschienen,...), was von der verhörzeit bestimmt ne ganze menge ausgemacht hat.
sicher ist aber auch, dass die sta. wenn ihre zeit nicht begrenzt gewesen wäre noch viel mehr gefragt hätte (wie in verhören von anderen leuten geschehen).







Impressum
V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 bis 7.0 oder als Textdatei (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 10 Euro pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Eigendruck im Selbstverlag

Rote Flora - REGELMÄßIGE TERMINE:

Montag	ab 19Uhr	Kochsession veganes essen
Montag	ab 17Uhr	offenes Motoradwerkstattschrauben und klönen
Montag	18:30-21Uhr	Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt
Montag und Donnerstag	17-19 Uhr	Archive der sozialen Bewegung Tel.: 433007
Dienstag	18-23 Uhr	Dubcafe
Mittwoch	17 Uhr	„art?-cafe"
Donnerstag (1.+3.)	ab 19 Uhr	Kochkollektiv veganes essen
Donnerstag (2.+4.)	ab 19:30Uhr	Anti Castor Cafe
Samstag (1.)	ab 12 Uhr	Frühstücksbuffet
Sonntag	ganztägig	Studio F sendet aus der Flora (fsk 93.0)
Sonntag	ab 17 Uhr	Cafe Niemandsland (echte Politik, richtiger Kuchen und nicht-kalter Kaffee)

AHOI-Programm Mai 02 — Balduintreppe, Hamburg-St.Pauli

Date	Uhrzeit	Genre	Was abgeht
Mi., 1.	20.00	Kneipe	DiscQualifiziert (Gemütlicher Abend mit moderner Musik)
Do., 2.	21.00	Klub	Der rote Donnerstagsklub
Fr., 3	21.00	Party	Time Out (Stoner Rock, Jazz, Funk, Soul & Dub)
Sa., 4.	21.00	Party	Elektronica
Di., 7.	20.00	Kneipe	Punk und Kickern wie sonst oben
Mi., 8	20.00	Kneipe	Gemütlicher Abend mit moderner Musik
Do., 9.	20.00	Klub	Der rote Donnerstagsklub (three-word-dj-team)
Fr., 10.	21.00	Party	Trash Records
Sa., 11.	21.00	Party	Audio Affairs
Di., 14.	20.00	Kneipe	Punk und Kickern wie sonst oben
Mi., 15.	20.00	Kneipe	Gemütlicher Abend mit moderner Musik
Do., 16.	20.00	Klub	Der rote Donnerstagsklub
Fr., 17.	21.00	Party	Bass Bus
Sa., 18.	21.00	Party	Party (Special Guest: Time Out–Crew)
Di., 21.	20.00	Kneipe	Punk und Kickern wie sonst oben
Mi., 22.	20.00	Kneipe	Gemütlicher Abend mit moderner Musik
Do., 23.	20.00	Klub	Der rote Donnerstagsklub
Di., 28.	20.00	Kneipe	Punk und Kickern wie sonst oben
Mi., 29.	20.00	Kneipe	Gemütlicher Abend mit moderner Musik
Do., 30.	20.00	Klub	Roter Donnerstagsklub